

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inerate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 43.

Sonnabend, den 22. Oktober 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Macht der Banken. — Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1909. I. — Die Bischöfe und die Gewerkschaftschriften. — Deutsche Arbeiterhelden. — Bekanntmachung des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Literarisches. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Sozialpolitische Rechtsprechung. — Wirtschaftliche Rundschau. — Die Steinindustrie in der Gewerbeausstellung für 1909 in Würtemberg, Baden und Elsaß-Lothringen. II. — Steinbruchbille. — „Zuverlässige“ Statistiken. — Feuilleton: Reifestizze. II. — Gedicht: Am Ende.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperet find: Niederprünst: Firma Kinatader. — Königsberg: Granitwerk Eckart. — Mainz: Firma Köbig.

Heppenheim. Die Odenwald-Granitindustriellen verlangen, daß ab 22. Oktober die Steinbrecher im Afford schaffen sollen. Zuzug nach den heftigen Granitsteinbrüchen ist streng fernzuhalten.

Kupferdreh (Rheinland). Der Streik bei der Firma L'hoest ist nach neuntägiger Dauer zu unseren Gunsten durch Verhandlungen beendet. Erreicht wurde bei den sogenannten „Kanzelstücken“ eine Erhöhung von 25 Prozent, bei den Abdeckplatten wird der Stundenlohn von 65 Pfg. garantiert. Die Arbeit wurde am 12. Oktober wieder aufgenommen; beteiligt waren 26 Kollegen.

Schweiz. Gesperet find: Basel für Kunststeinarbeiter; Surava für Luffsteinarbeiter.

Deisterreich. Gesperet find folgende Orte: Ofseg, Nizdorf, Göding, Mauthausen, Schwertberg, St. Georgen, Sarningstein, Vörg, Vinz, Freistadt, Fürtchenbrunn, Blaschle und Schubertkefe.

Die Macht der Banken.

Während die Arbeiter so schwer unter der allgemeinen Teuerung zu leiden haben, strömt den wirklichen Herren unserer Zeit, den Bankiers, ein immer gewaltiger anwachsender Reichtum zu; das zeigt uns wieder in trockenen Zahlen die Bearbeitung der Geschäftsabschlüsse der deutschen Banken im Jahre 1909, die Robert Franz im Deutschen Oekonomisten veröffentlicht hat und jetzt als besondere Schrift erschienen ist. Selbstverständlich haben die deutschen Banken im letzten Jahre wieder ihre Machtstellung in unserm Wirtschaftsleben noch weiter verstärkt. Die Zahl der Banken ist zwar von 214 auf 213 zurückgegangen, dagegen sind die eigenen Mittel der Banken von 4672,1 Mill. Mark auf 4842,2, und die eigenen und fremden Kapitalien der Banken von 27 560 Mill. Mark auf 29 390 gestiegen. Dabei sind fast nur Banken mit mindestens einer Million Mark Aktienkapital berücksichtigt, weil die kleineren Banken ohne Bedeutung in dieser Beziehung sind.

Von den Banken sind 168 Kreditbanken. Ihr eigenes und fremdes Kapital ist von 12 661,5 Mill. Mark auf 13 739,4 gestiegen. Davon kam ungefähr die Hälfte auf die 9 Berliner Großbanken, deren Kapital von 6333 Millionen Mark auf 6852 gestiegen ist. In Wahrheit aber ist der Einfluß der 9 Berliner Großbanken ein viel größerer. Tatsächlich, so bemerkt zu den angeführten Zahlen der Bearbeiter der Geschäftsabschlüsse, ist ein viel größerer Teil des gesamten Bankkapitals dem Einfluße der 9 Berliner Großbanken unterstellt. Die mit diesen Banken in irgendeiner Form der Interessengemeinschaft verbundenen Provinzbanken sind zwar formell selbständige Institute, aber sie gehören doch zu einem Konzern, in dem die betreffende Großbank den Mittelpunkt darstellt. So umfaßt das Kapital der Gruppe der:

Deutschen Bank	4029 geg.	3878 Mill. im Vorjahre
Dresdner Bank	1550	1361
Disconto-Gesellschaft	2292	2087
A. Schaaffhausenscher Bankverein	874	875
Bank für Handel und Industrie	1009	919
Kommerz- und Disconto-Bank	434	384
Mitteldeutsche Kreditbank	201	179
Nationalbank für Deutschland	400	334
Berliner Handelsgesellschaft	487	570

Die 9 Berliner Großbanken verwalteten also Ende 1909 zusammen mit den ihnen angegliederten oder befreundeten Instituten ein Gesamtkapital von 11 276 Mill. Mark gegen 10 587 Ende 1908. Das sind rund 83 Prozent des gesamten von allen Banken verwalteten Kapitals. Mit diesem Kapital beherrschen sie die großen Unternehmungen in der Industrie und im Handel.

Diese Herrschaft muß das arbeitende Volk teuer bezahlen. Der Bruttogewinn der Banken betrug im letzten Jahre

637,43 Millionen Mark, gegen
611,32 " " im Vorjahre und
145,71 " " im Jahre 1883.

Danon wurden als Dividenden an die Aktionäre gezahlt im letzten Jahre

285,09 Millionen Mark, gegen
277,15 " " im Vorjahre und
84,05 " " im Jahre 1883.

Das arbeitende Volk sieht hieraus, wie sich der Reichtum unserer Zeit immer mehr in der Hand einer kleinen Clique aufhäuft. Wenn auch das arbeitende Volk unter dem Druck der Teuerung noch so sehr hungert, die Bankherren stecken immer mehr Millionen als Profit ein. Dabei haben sie so gut wie gar keine Gefahr für ihren Reichtum zu befürchten. Vergleichen wir die Durchschnittsdividende aller Banken vom Jahre 1883 ab, so finden wir die niedrigste Dividende (6,0 Prozent) im Jahre 1901, und die höchste im Jahre 1899 (8,21 Prozent), im letzten Jahre betrug sie 7,74 Prozent. Die Schwankungen sind sehr gering: die Aktien der Banken sind sichere Papiere. Am besten stehen natürlich die Großbanken. Ihre Dividenden sind noch höher, als der Durchschnitt für alle Banken.

Bezeichnend ist auch, daß, wie der Bearbeiter der Geschäftsberichte mit Recht hervorhebt, die Großbanken ihre Tätigkeit mehr und mehr auf das Ausland ausdehnen. So hat die Dresdner Bank sich an der Uebernahme einer neuen Aktienemission der Banque S. Allard u. Co. in Paris stark beteiligt. Dies hat die Bank in ihrem Geschäftsbericht mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt, daß sie ihre gute Entwicklung im letzten Jahre unter anderem der Erweiterung ihrer Beziehungen zum Auslande verdanke, und daß sie deshalb auf diesem Wege weiter fortschreiten wolle. Die Deutsche Bank hatte gegen Ende 1909 unter Uebernahme des Bankhauses Ballez u. Co. in Brüssel eine neue Filiale errichtet. Die Nationalbank für Deutschland hat sich die Ausgestaltung ihrer Beziehungen zum Auslande ebenfalls angelegen sein lassen, indem sie in engere Geschäftsverbindung mit dem Credit Mobilier Français trat, der unter ihrer Mitwirkung sein Kapital von 25 Mill. Frank auf 40 erhöht hat. Eine größere wirtschaftliche Annäherung an das kapitalreiche Frankreich, heißt es in der Besprechung dieser Erscheinungen, ist schon lange unserer Bankwelt als wünschens- und erstrebenswert erschienen. Nachdem sich die politischen Beziehungen zu unserm westlichen Nachbar seit Jahresfrist offenbar wesentlich günstiger gestaltet hatten, erachteten die Börsenbarone den Zeitpunkt für gekommen, um praktische Schritte nach jenem Ziele zu tun. Auch die Brüsseler Filiale der Deutschen Bank dürfte in dem kommerziell und industriell in sehr guter Entwicklung befindlichen Belgien eine fruchtbar Tätigkeit entfalten können. — Das klingt ganz anders, als die „patriotischen“ Redensarten von dem „Schutz der nationalen Arbeit“, mit denen die Zollwucherer ihre schamlose Ausplünderung des arbeitenden Volkes zu beschönigen suchten, und als die „patriotischen“ Hejreben gegen das Ausland, zur Rechtfertigung immer größerer Ausgaben für den Militarismus und Marinismus.

Schließlich sei auf eine neue Sorge hingewiesen, die den bürgerlichen Sozialpolitikern die Entwicklung der Großbanken und ihres Einflusses auf unser ganzes wirtschaftliches Leben bereitet: die Sorge, daß einmal die Leute fehlen könnten, die geeignet sind, die Großbanken zu leiten. Wenn derartige Persönlichkeiten fehlen, so liegt das, versichert der sehr sachkundige Bearbeiter des Materials, in hohem Grade am System. Es sei eine dauernde und auch berechtigte Klage der Beamten, daß es selbst für den Strebsamsten und Tüchtigsten, wenn er sich keiner „Konnexionen“ zu erfreuen hat, fast unmöglich ist, nach oben zu kommen, eine seinen Tätigkeiten entsprechende Position zu erlangen. Werden leitende Stellen frei, so werden sie immer häufiger besetzt aus den Kreisen der höheren Staatsbeamten, die meist in verwandtschaftlichen Beziehungen zu Verwaltungsmitgliedern der Banken stehen. Es sei nicht zu verkennen, daß die ganze Entwicklung der Großbanken einen Zug ins Bürokratische aufweist. Die Nachteile dieser Entwicklung können einmal zu einer wirklichen Gefahr werden, nicht allein für die Banken selbst, sondern für das gesamte Wirtschaftsleben:

„Man darf sich nämlich nicht darüber im Unklaren sein, daß in dem Maße, in dem durch die gekennzeichnete Entwicklung die privatwirtschaftliche Initiative gelähmt wird, der Weg frei gemacht wird für die Verwirklichung staatssozialistischer Tendenzen, die ja überall in unserm Wirtschaftsleben zutage treten, und die sich nicht in letzter Linie gegen die bestehende Organisation unseres Bankwesens richten.“

So kann sich selbst ein bürgerlicher Sozialpolitiker, der aber einen genauen Einblick in das Treiben der Großbanken hat, der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Entwicklung der Großbanken die „Gefahr“ des Staatssozialismus heraufbeschwört. Diese „Gefahr“ kann auch durch gute Ratschläge darüber, wie die Großbanken den Interessen der Gesamtheit am besten dienen können, nicht abgewendet werden. Denn die Großbanken können sich gar nicht nach derartigen guten Lehren richten, die die bürgerlichen Sozialpolitiker schon so oft zum besten gegeben haben und immer von neuem wiederholen. Haben

doch die Großbanken unter der Herrschaft des Kapitalismus gar nicht die Aufgabe, den Interessen der Gesamtheit zu dienen, sondern sollen in erster Linie den Bankkapitalisten einen möglichst großen Profit liefern. Das geht aber nur durch eine möglichst starke Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Deshalb müssen die Arbeiter, je mehr die Großbanken unser ganzes Wirtschaftsleben beherrschen, um so mehr dagegen aufgestachelt werden. Jedoch begnügen sie sich nicht mit dem Staatssozialismus, sondern werden dahin streben, daß die gewaltigen wirtschaftlichen Machtmittel der Großbanken nicht nur verstaatlicht, sondern auch nach dem Willen und im Interesse des arbeitenden Volkes nutzbar gemacht werden. Die Entwicklung der Großbanken arbeitet den Bestrebungen der Sozialdemokratie vor, nämlich, der Ablösung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft durch die sozialistische Volkswirtschaft.

Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1909.

I.

Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Die wirtschaftliche Lage im Jahre 1909 war für die Kämpfe der Arbeiterklasse um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht erheblich günstiger als die des Krisenjahres 1908. Die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur setzte erst im Laufe des Jahres und dann so allmählich ein, daß sie einen fördernden Einfluß auf Zahl und Umfang der Bewegung nicht mehr ausüben vermochte. Mit der eingetretenen Besserung waren aber nicht zugleich überwunden die für die Arbeiter so überaus schädlichen Folgen der Krise, die sich besonders durch die bis Ende des Jahres andauernde starke Arbeitslosigkeit und ein damit verbundenes Ueberangebot von Arbeitskräften bemerkbar machten. Die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands herausgegebene Statistik über: Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen des Jahres 1909, bietet uns deshalb im allgemeinen ungefähr das gleiche Bild, wie die Statistik des Vorjahres. Die Zahl der Bewegungen ist zwar gestiegen, aber nicht die Zahl der an den Bewegungen beteiligten Personen; diese hat im Gegenteil eine Verminderung erfahren. Beide Erscheinungen stehen lediglich mit den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung in Verbindung; sie sind auch nicht von solcher Bedeutung, daß daraus weitgehende Schlüsse gezogen werden könnten. Betrachtet man jedoch das Ergebnis der Statistik in ihren einzelnen Teilen, so ist man geneigt anzunehmen, daß die eingetretene Besserung der wirtschaftlichen Lage doch nicht ganz ohne Einfluß auf den Verlauf der Bewegungen gewesen ist. Die Erfolge und Resultate der Bewegungen sind günstiger, als sie im Jahre 1908 erzielt wurden.

Es fanden insgesamt 6796 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung statt; daran waren 480 205 Personen beteiligt. Das Jahr 1908 wies dagegen 5837 Bewegungen mit 570 317 Beteiligten auf. Die Zahl der Bewegungen ist um 950 = 16,4 Proz. gestiegen und die Zahl der Beteiligten hat sich um 96 112 = 16,7 Proz. verringert.

Von den 6796 Bewegungen des Jahres 1909 verliefen 4507 = 66,3 Proz. mit 348 961 beteiligten Personen = 72,7 Proz. ohne Arbeitseinstellung; 1908 fanden 3607 derartige Bewegungen statt, woran 449 434 Personen beteiligt waren. Die Zahl der Bewegungen ist um 900 = 25,0 Proz. gestiegen, jedoch hat sich die Zahl der Beteiligten um 100 473 = 22,4 Proz. verringert. Die Bewegungen waren wohl zahlreicher, aber von geringerem Umfange; es entfielen im Durchschnitt auf jede Bewegung 1908: 125 und 1909: 77 Beteiligte.

Der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen dienten 3227 Bewegungen = 71,6 Proz. mit 288 327 Beteiligten = 82,6 Proz. und 1280 = 28,4 Proz. mit 60 634 Beteiligten = 17,4 Proz. wurden veranlaßt durch beschwerliche Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer.

Die Angriffsbewegungen endeten in 2243 Fällen = 69,5 Proz. mit 169 903 Beteiligten = 58,9 Proz. erfolgreich; in 556 Fällen = 17,2 Proz. mit 73 165 Beteiligten = 25,4 Proz. teilweise erfolgreich und in 321 Fällen mit 27 564 Beteiligten erfolglos. 107 Bewegungen mit 17 695 Beteiligten waren am Jahresschlusse nicht beendet. Unter letzteren befinden sich 48 Bewegungen des Brauerarbeiterverbandes und 46 Bewegungen des Verbandes der Gemeindegewerkschaften. Von den Abwehrbewegungen war der Ausgang in 989 Fällen = 77,3 Proz. mit 40 357 Beteiligten = 66,6 Proz. erfolgreich, in 171 Fällen = 13,4 Proz. mit 17 860 Beteiligten = 29,4 Proz. teilweise erfolgreich und in 119 Fällen mit 1872 Beteiligten erfolglos, eine Bewegung mit 545 Beteiligten war am Jahreschlusse nicht beendet.

Der Ausgang der Angriffsbewegungen war günstiger als im Jahre 1908, die mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen sind zurückgegangen, dagegen haben sich die erfolgreich beendeten Bewegungen absolut und prozentual erheblich vermehrt. Das gleiche kann leider nicht auch von den Abwehrbewegungen gesagt werden. Bei diesen sind die erfolgreich beendeten Bewegungen gegen das Jahr 1908 noch etwas weiter zurückgegangen. Daß sich die Zahl der mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen erhöht hat, will nichts befagen, denn bei den Abwehrbewegungen bedeutet „teilweiser Erfolg“, daß die in Frage kommenden Arbeiter mit einer teilweisen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fürlieb nehmen mußten.

Die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung verursachten eine Ausgabe von 113 152 Mark; es waren daran beteiligt 47 Verbände.

Arbeitskämpfe, ihre Ursachen und Verlauf.

Weder in der Anzahl noch in dem Umfang der Arbeitskämpfe — Streiks und Ausperrungen — haben sich gegenüber dem Vorjahre wesentliche Veränderungen ergeben. Es fanden statt 2045 Kämpfe, an denen 131 244 Personen beteiligt

waren; im Jahre 1908 betrug die Zahl der Kämpfe 2052 mit 126 883 Beteiligten. Die Zahl der Kämpfe hat sich um 7 vermindert und die Ziffer der Beteiligten um 4361 = 3,4 Prozent erhöht. Diese Veränderungen sind so unerheblich, daß sie zu einer abweichenden Beurteilung der Verhältnisse nicht dienen können. Gleich wie im Jahre 1908 waren auch im Berichtsjahre die Kämpfe in ihrer Mehrheit nach den daran beteiligten Personen von geringerem Umfang, es entfallen auf jeden Kampf im Durchschnitt 64 Beteiligte.

Von den 2045 Arbeitskämpfen waren Angriffstreiks 892 = 40,7 Prozent, Abwehrstreiks 1007 = 49,2 Prozent und Ausperrungen 206 = 10,1 Prozent. Im Jahre 1908 fanden dagegen statt: 678 Angriffstreiks = 33,1 Prozent, 1117 Abwehrstreiks = 54,4 Prozent und 257 Ausperrungen = 12,5 Prozent. Das prozentuale Verhältnis der Angriff- und Abwehrstreiks und der Ausperrungen hat sich gegen das Jahr 1908 etwas verschoben. Die im Vorjahr enorm gestiegene Zahl der Abwehrstreiks ist zurückgegangen, allerdings nicht in dem Maße, daß die Tendenz des Unternehmertums, die Zeiten wirtschaftlicher Depression zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, zu verkennen wäre. Denn trotz ihres Rückganges überwiegen die Abwehrstreiks an Zahl noch ganz bedeutend die Angriffstreiks, obschon bei letzteren eine Vermehrung eingetreten ist. Auch die Zahl der Ausperrungen hat sich verringert.

An den 882 Angriffstreiks des Jahres 1909 waren 54 030 Personen beteiligt. In 517 Fällen mit 85 893 Beteiligten wurde gekämpft, um Lohnerhöhungen zu erreichen. Wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung fanden 203 Streiks mit 15 637 Beteiligten statt. 22 Streiks mit 880 Beteiligten wurden geführt um Verkürzung der Arbeitszeit allein. Der Ausgang der Angriffstreiks war günstiger als der im Jahre 1908 geführten; es endeten erfolgreich: 454 = 54,8 Prozent mit 27 359 Beteiligten = 50,6 Prozent, teilweise erfolgreich: 173 = 20,8 Prozent mit 14 547 Beteiligten = 26,8 Prozent und erfolglos: 173 = 20,8 Prozent mit 9185 Beteiligten = 17 Prozent.

Die Abwehrstreiks haben sich gegen das Jahr 1908 um 110 vermindert, jedoch ist die Zahl der daran Beteiligten um 6600 gestiegen, es waren an den 1007 Abwehrstreiks des Jahres 1909 42 700 Personen beteiligt. Die Steigerung der Beteiligtenziffer ist auf den vom Bergarbeiterverband im Mansfelder Revier durchgeführten Abwehrstreik, an welchem 8149 Personen beteiligt waren, zurückzuführen. Dieser Kampf entspann sich durch festgesetzte Maßregelungen der Vertrauensleute des Verbandes und mußte nach sechswöchiger Dauer leider erfolglos beendet werden.

Von den Abwehrstreiks des Jahres 1909 wurden 490 mit 17 039 Beteiligten geführt, um Lohnreduktionen abzuwehren. In 181 Fällen mit 13 421 Beteiligten fanden Streiks wegen Maßregelungen statt. 26 Streiks waren notwendig, um eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren, daran waren 445 Personen beteiligt. In 21 Fällen mit 550 Beteiligten mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden. Von den insgesamt stattgefundenen Abwehrstreiks endeten erfolgreich: 593 = 58,9 Prozent mit 18 559 Beteiligten = 43,4 Prozent, teilweise erfolgreich: 123 = 12,2 Prozent mit 8046 Beteiligten = 18,8 Prozent und erfolglos: 243 = 24,1 Prozent mit 14 718 Beteiligten = 34,5 Prozent. Der Prozentfuß der erfolgreichen Streiks hat sich gegen das Jahr 1908 von 47,0 auf 58,9 erhöht.

Im Jahre 1909 wurden seitens der Unternehmer 206 Ausperrungen vollzogen. Im Vorjahre fanden dagegen 257 statt, so daß eine Verminderung der Ausperrungsfälle um 51 = 19,8 Prozent eingetreten ist. In einem noch härteren Verhältnis ist die Zahl der von den Ausperrungen betroffenen Arbeiter gegenüber dem Jahre 1908 zurückgegangen. Während 1908 an den Ausperrungen 60 576 Personen beteiligt waren, erstreckten sich die des Jahres 1909 nur auf 34 494 Personen. Es ist demnach eine Abnahme der Beteiligtenziffer um 26 082 = 43,1 Prozent erfolgt.

Unter den Ausperrungen des Jahres 1909 war besonders die von den Bauunternehmern Hamburgs und Umgebung vollzogene Ausperrung der Bauarbeiter durch ihren Umzug hervor. In dieser Ausperrung waren 18 Verbände durch ausgesperrte Mitglieder beteiligt und wurden davon insgesamt 10 009 Personen betroffen. Die Ausperrung wurde unternommen, um den Maurerverband zur Aufgabe eines Lohnkampfes zu zwingen. Die Unternehmer erreichten jedoch nicht das gewünschte Ziel, die bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter, und mußten schließlich, um eine Beendigung des Kampfes herbeizuführen, Lohnerhöhungen bewilligen.

Ihren Ursachen nach verteilen sich die Ausperrungen des Jahres 1909 folgendermaßen:

In 43 Fällen mit 3069 Beteiligten lagen denselben Forderungen der Arbeiter zugrunde. Wegen Nichtannahme verschlechterter Arbeitsbedingungen wurden 42 Ausperrungen verhängt, die sich auf 4057 Personen erstreckten. In 17 Fällen mit 7911 Beteiligten war ein Abwehrstreik die Ursache der Ausperrungen. 16 Ausperrungen, an welchen 924 Personen beteiligt waren, dienten dem Koalitionsraub. Wegen Verweigerung von Streikarbeit wurden 5 Ausperrungen verhängt, woran 524 Personen beteiligt waren. Aus Anlaß der Maßfeier fanden 25 Ausperrungen statt, die 6963 Personen in Mitleidenschaft zogen. Von den Ausperrungen insgesamt endeten für die Arbeiter erfolgreich: 85 = 41,3 Prozent mit 10 999 Beteiligten = 31,9 Prozent, teilweise erfolgreich: 32 = 15,5 Prozent mit 11 502 Beteiligten = 33,3 Prozent und erfolglos: 69 = 33,5 Prozent mit 9260 Beteiligten = 27 Prozent. Der Prozentfuß der erfolgreich beendeten Ausperrungen hat sich gegen das Jahr 1908 um das Doppelte von 21,0 auf 41,3 erhöht und noch günstiger liegt das Verhältnis bei den an diesen Ausperrungen Beteiligten.

Von den Kämpfen insgesamt endeten erfolgreich: 1132 = 55,4 Prozent mit 50 917 Beteiligten = 43,4 Prozent, teilweise erfolgreich: 823 = 16 Prozent mit 94 005 Beteiligten = 25,9 Prozent und erfolglos: 485 = 23,7 Prozent mit 33 268 Beteiligten = 25,8 Prozent. 51 Kämpfe mit 4189 Beteiligten waren am Jahresluß nicht beendet und von 49 blieb der Ausgang unbekannt, an letzteren waren 2920 Personen beteiligt. Gleich wie die Angriffsbewegungen ohne Arbeitsinstellung endeten auch die Arbeitskämpfe günstiger als die im Jahre 1908 geführten.

An den Kämpfen waren 46 Verbände beteiligt, davon hatten mehr als 50 Kämpfe folgende Verbände durchzuführen: Maurer 433, Holzarbeiter 280, Bauhilfsarbeiter 224, Metallarbeiter 208, Zimmerer 184, Fabrikarbeiter 97 und Transportarbeiter 71. Das sind zusammen 1447 Kämpfe = 70,8 Prozent der Gesamtzahl. Auf die übrigen 39 Verbände entfallen 598 Kämpfe = 29,2 Prozent. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe zu stehen folgende Verbände: Maurer 24 827, Holzarbeiter 18 221, Bauhilfsarbeiter 15 181, Metallarbeiter 13 927, Bergarbeiter 9410, Fabrikarbeiter 7072, Zimmerer 6930, Schneider 5801 und Textilarbeiter 5485. Von diesen 9 Verbänden waren zusammen 106 884 Personen = 81,4 Prozent der Gesamtzahl an den Kämpfen beteiligt.

Die Ausgabe für die Kämpfe betrug insgesamt 5 984 453 Mark, und wurden von dieser Summe 5 908 144 Mark aus den eigenen Mitteln der Verbände geleistet. Von der Ausgabe entfielen auf die Angriffstreiks 2 298 817 Mark, auf die Abwehrstreiks 1 749 444 Mark und auf die Ausperrungen 1 793 939 Mark. Es wurden im Jahre 1909 1 457 414 Mark mehr für die Durchführung der Arbeitskämpfe ausgegeben als 1908. Auf jeden an den Kämpfen des Jahres 1909 Beteiligten entfällt eine durchschnittliche Unternehmerrate von 45,22 Mark. 1908 betrug die Durchschnittsrate nur 35,28 Mark. Die ziemlich bedeutende Steigerung des Anteils pro Beteiligten ist ein Beweis dafür, daß die Kämpfe des Jahres 1909, in ihrer Mehrheit, von längerer Dauer als wie im Vorjahre gewesen sind.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 121 171 der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitszeit betrug insgesamt 2 247 512 Tage. Davon entfielen auf die männlichen Personen 2 145 000 und auf die weiblichen Personen 102 512 Tage. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug bei den männlichen Personen 10 069 897 Mark und bei den weiblichen Personen 108 108 Mark, zusammen 10 277 995 Mark. Von den insgesamt an den Kämpfen beteiligten Personen waren 100 882 männliche und 6402 weibliche in den Streiklisten eingetragen. Von diesen eingetragenen Personen gehörten bei Beginn der Kämpfe 94 924 männliche und 4846 weibliche Personen der Organisation an.

Von den am Schluß des Jahres beendet gewordenen Kämpfen wurden 1434 = 68,5 Prozent durch Vergleichsverhandlungen beendet.

Die Bischöfe und die Gewerkschaftschriften.

Im „Sozialen Ansbach“ des Augsburgischer Katholikentages ist es zu Auseinandersetzungen über die Organisationsform bei den katholischen Kaufleuten gekommen. Der Verfasser „Arbeiter“, dessen Redakteur, Dr. Fleischer, an jenen Verhandlungen teilgenommen hat, berichtet jetzt näheres darüber. Danach hat es sich darum gehandelt, ob neben den katholischen kaufmännischen Vereinigungen auch noch andere (interkonfessionelle) Organisationen für die Katholiken in Betracht kommen könnten. Die Vertreter der katholischen Vereinigungen wollten nur ihre, die katholischen Organisationen, als zulässig anerkannt wissen; die christlichen Gewerkschaftler Giesberts und Stegerwald aber haben sich dagegen zur Wehr gesetzt und denn auch eine Aenderung der ursprünglichen Fassung des Antrages in dem Sinne erreicht, daß es nunmehr hieß: „Die Generalversammlung erblickt in den katholischen kaufmännischen Vereinigungen eine Organisation zur Vertretung der religiös-sittlichen und geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen der selbständigen Kaufleute.“ — In dem ursprünglichen Antrag hatte es geheißen „die Organisation“, was soviel bedeuten will, daß andere Organisationen neben den katholischen Vereinigungen nicht gebildet werden sollten. Die neue Fassung kam den Wünschen der Stegerwald und Giesberts entgegen, die die Arbeitnehmer aus dem Kaufmannsgewerbe dem Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbände zuführen möchten. Dessen früherer Vorsitzender Schaf wurde bekanntlich den „Christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten“ des Reichstages zugeführt.

Der „Arbeiter“ erinnert nun daran, daß derselbe Antrag, der in Augsburg abgelehnt wurde, auf dem Dresdener Katholikentage einstimmig angenommen worden sei. Gegen genau denselben Antrag aber seien in Augsburg die christlichen Gewerkschaftssekretäre „in leidenschaftlicher Weise Sturm gelaufen“. Außerdem drückt aber der „Arbeiter“ das unmittelbar nach Augsburg ergangene Schreiben der in Fulda versammelten preussischen Bischöfe ab, worin es als Antwort auf eine Anschrift der katholischen Organisationen heißt:

Wir erwidern der Verbandsleitung der katholischen kaufmännischen Vereinigungen Deutschlands auf die Vorstellung vom 19. August, daß wir überall da, wo nur irgendwie die Vorbereitungen bestehen, die Gründung katholischer kaufmännischer Jugendvereinigungen als Pflichten der katholischen kaufmännischen Vereinigungen, die wir nach wie vor als die berufene Organisation zur Vertretung der religiös-sittlichen und geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen der selbständigen Kaufleute, der Handlungsgehilfen und kaufmännischen Beamten anerkennen, für erforderlich halten und demgemäß die geistigen Leiter und Beiräte mit Weisungen versehen werden.

Durch dieses vom Kardinal von Breslau unterschriebene Schreiben werden nicht nur die Stegerwald und Giesberts, sondern auch die Arbeiter des Reichstages verstimmt. Es hat gegen den Beschluss auf dem Augsburgischer Katholikentage durchgedrückt haben. Der „Arbeiter“ fügt hinzu, daß die Westdeutsche Arbeiterzeitung, die in der Sache schon viel Druckschwarz verwendet hat, dieses Bischofschreiben ihren Lesern völlig vor-enthalte.

Die Ehrfurcht der Gewerkschaftschriften vor der katholischen Geistlichkeit zeigt sich auch wieder in merkwürdigem Lichte bei einer andern Affäre. Der Kaplan Bindolph in Bochum hat eine Broschüre gegen die interkonfessionellen Gewerkschaften geschrieben, worin er nachweisen will, daß in den christlichen Gewerkschaften das katholische Christentum schmähtlich Schiffsbruch leiden müsse. Und nun ist es lehrreich in hohem Grade, wie Herr Bindolph für seine Schrift von jenen Leuten behandelt wird, die, wenn ein sozialdemokratisches Blatt einen Geistlichen wegen unchristlicher Taten kritisiert, „extrükt“ in die Welt hinauszuheulen: „Die Genossen beschimpfen die Geistlichen und beschimpfen damit die Religion!“ Die „respektvoll“ allerchristlichste Zentrumsgewerksvereiner einen katholischen Geistlichen anfahren, sei nachfolgend festgesetzt. Die „Baugewerkschaft“, Organ des Zentrumsgewerksvereiner und Zentrumsgewerksvereinerführers Wiedeberg, bespricht in ihrer Nummer vom 18. September das Bindolphsche Buch und behauptet von dem Bochumer Vikar:

Materialien für eine objektive Beurteilung des Gewerkschaftstreits unter den deutschen Katholiken will Herr Bindolph zusammengetragen haben. Wer diese Arbeit wirklich hat, der muß in einwandfreier Weise sichten und prüfen, darf nicht die Worte von außerhalb der christlichen Gewerkschaften stehenden Korporationen und Personen über diese allein anführen, sondern auch das, was die christlichen Gewerkschaften selbst dazu sagen. Klarheit in der Zeichnung von Einzelheiten und Personen ist unerlässlich, ferner Vermehrung von Infamitäten (Verdächtigungen) und Unrichtigkeiten. Das hat W. nicht getan, er handelt vielmehr nach dem bekannten Spruch: „Im Regen seid recht munter, legt ihr nicht aus, so legt hoch unter.“ Durch den willkürlich angewandten Sperr- und Fettdruck tritt diese Methode besonders hervor, ohne daß entsprechend einer ehrlichen Journalistik auf diese Abweichung vom Original hingewiesen wird. So stutzt W. ein „System“ zusammen, wie wir es vom „Sitz Berlin“ genopht sind.

Vikar Bindolph und seine geistlichen Gefinnungsgenossen werden also von dem Zentrumsgewerksvereiner Blatt beschuldigt, bewußterweise Unrichtigkeiten und Verdächtigungen in ein „System“ zurechtgestutzt zu haben, ein Verfahren, das einer ehrlichen Journalistik widerspreche! Schlimmer kann ein Schriftsteller nicht beurteilt werden!

Disziplinieren will die „Baugewerkschaft“ mit Bindolph nicht, denn: „die von Herrn Bindolph geübte Methode steht so tief, daß Gründe der Selbstzentrierung uns das einfach verbieten.“ Damit will das Blatt des Zentrumsgewerksvereiner Wiedeberg dem unbedeutenden Bindolph zu einem Menschen stempeln, mit dem sich ein anständiger Mensch nicht abgeben könne. Weiter schreibt die „Baugewerkschaft“ mit Bezug auf den katholischen Geistlichen Bindolph und seine Schrift von „beweislosen Verdächtigungen“, „Verleumdungen“, „niederträchtige Infamien“, „Art eines echten Revolverjournalisten“ usw. Der ebenfalls christliche „Holzarbeiter“ (N. 36) denunziert den Vikar Bindolph als einen Schriftsteller, der entweder ein total dummes oder ein Mensch („Kenntnisse der sozialen Theorien gleich Null“), oder einer ist, der „aus Lust am Streit“ die Absichten seines Nebenmenschen täuscht. Nachdem der „Holzarbeiter“ eine an die Adresse des

Kölnischer Erzbischofs gerichtete Stelle aus dem Bindolphschen Buche abgedruckt hat, schreibt das „christliche Gewerkschaftsblatt“ „respektvoll“ über den Geistlichen:

Herr Deibel ob der Denunziationslust oder — ob des gewöhnlichen Ausdrucks der Mißachtung der kirchlichen Autorität! Auch letzteres liegt nicht außer dem Bereich des Wahrscheinlichen. Wir hatten nämlich früher einmal in einer vertraulichen Versammlung zu Köln (also auch unter den Augen des Kardinals) Gelegenheit, einen jüngeren Geistlichen aus Bochum zu beobachten, der bei den Ausführungen von Geistlichen, die an Jahren älter waren, an Würden höher standen und die wegen ihrer Verdienste verehrt werden, eine Physiognomie auflegte, die auf alles andre als auf Hochachtung schließen ließ.

In der Tat, sehr respektvoll gegenüber einem Geistlichen! Wie würden die Zentrumsjournalisten toben, wenn solche Beschimpfungen eines Geistlichen in einem sozialdemokratischen Blatt gestanden hätten! Gleich hätte es Hoch und Schmel auf die Noten regnen sollen, weil sie die „hochwürdige Geistlichkeit“ in der infamsten Weise beschimpfen.“ Wie aber die M.-Glabbacher Jünger einen Geistlichen, der in sozialpolitischen Fragen einer andern Auffassung ist als sie, in breiter Öffentlichkeit so mit Dreck bewerfen, das verschweigt die sonst so findige Zentrumspresse, damit ihre Leser nicht erfahren, wie „katholisch“ ihre M.-Glabbacher Lieblinge sind. Wir empfehlen unsern Genossen, sich diese Dokumente respektvoller Behandlung der „hochwürdigen Geistlichkeit“ durch M.-Glabbacher Zentrumsschriften aufzubewahren und sie den Herrschaften um die Ohren zu schlagen, wenn sie wieder einmal lügen, die Sozialdemokraten verlästerten die „Diener der Kirche“.

Deutsche Arbeiterhelden.

Am Sonntag hat Magdeburg die Creme der Gelben zu kosten bekommen: etwa 200 Delegierte aller gelben und sogenannten nationalen Organisationen hatten sich zu einer sogenannten Verständigungskonferenz zusammengesunden, das heißt, die verschiedenen Sorten und Schattierungen der Ausgehenden des Unternehmertums wollten sich über den Zusammenschluß ihrer Vereine zu einer über das ganze Reich erstreckenden Organisation verständigen. Einberufen war der Konferenzausschuß der Magdeburger nationalen Arbeitervereine, in dem Vertreter von zwölf dieser Organisationen des Arbeiterverrats saßen. Auch zwei evangelische Arbeitervereine waren dabei beteiligt, obwohl der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine dagegen Einspruch erhoben hatte. Die beiden dissentierenden Vereine begründeten ihr Verhalten mit lokalen Gründen: allein könnten sie keine politische Rolle spielen und im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht mitwirken.

Am Sonnabend fand zunächst ein Begrüßungskommers statt, auf dem ungezählte Ansprachen gehalten wurden. Der Magdeburger Polizeipräsident v. Alken erinnerte an die kaiserliche Hofkapelle von 1881 und sprach von den unerfüllbaren Forderungen der Sozialdemokratie. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen gab seiner Ueberzeugung über die große Zahl der Delegierten Ausdruck. Er erkannte an, daß die Bestrebungen der Arbeiter zur Hebung ihres Standes berechtigt sei, und er begrüßte es, daß sie des Hand in Hand mit den Unternehmern tun wollen. Für den Arbeiterstand werde und müsse weiter gesorgt werden, aber so leicht sei das nicht. Was in seinen Kräften stehe, werde er tun, um die nationale Arbeiterbewegung zu fördern. Zur Einigkeit mahnten der Amtsgerichtsrat S. w. u. ein Pastor und der Rechtsanwalt Viktorius, wozu, wie die Konferenzverhandlungen lehren sollten, auch reichlich Ursache vorlag.

Dann schickte man an Wilhelm II., den „Arbeiterkaiser“, ein Telegramm, das mit den präherlichen Worten begann:

In Magdeburg war Feindeshoheit groß.

In Magdeburg war ihm der erste Stolz.

Der Zutritt zu der eigentlichen Konferenz am Sonntag wurde nur ausserlesenen Seiten gestattet. Man hatte die strengsten Maßregeln getroffen, um zu verhindern, daß Sozialdemokraten oder gar ein sozialdemokratischer Pressevertreter Zutritt erhielten. Nach einer herzlich schlechten Begrüßungrede des schon recht alten Vorsitzenden des evangelischen Arbeitervereins Magdeburg, Siem, nahm der Regierungspräsident v. Meißner das Wort. Es sei sonst sein Grundsatz, sich am Sonntag morgen von aller Arbeit fernzuhalten. Aber davon sei er heute gern abgewichen, weil es sich um ein Gott wohlgefälliges Werk handle, das die Herren Delegierten vor hätten. Er hoffe, manches mitnehmen zu können, was er am Arbeitstisch gebrauchen könne.

Nach dem obligaten Kaiserhoh folgte dann ein Vortrag des Schlossers Max Warnke vom Arbeiterverein des Krupp-Gruppenwerkes über: Die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Ziele.

Der Redner betonte, daß gegenüber den „das Koalitionsrecht einschränkenden und die Industrie hemmenden“ freien Gewerkschaften der Zusammenschluß aller „nationalen“ Arbeitervereine notwendig sei, gleichgültig, ob sie sich christlichsozial, evangelisch oder sonstwie nennen. Er schlug deshalb vor:

Alle nationalen Werk- und Arbeitervereine schließen sich in den größeren Städten bzw. Bezirken zu Ausschüssen zusammen. Diese Ausschüsse unterziehen der Leitung eines Hauptausschusses. Dieser Hauptausschuß wird gebildet aus den Vorstandsmitgliedern der angeschlossenen Verbände, Arbeitervereinsvereinigungen, Schrifttanten usw., welche ihre Mitarbeit erklärt haben. Jeder Verband usw. kann auf je 5000 Mitglieder ein Vorstandsmitglied in den Hauptausschuß beordern.

Die Aufgaben dieser Haupt- und Unterausschüsse sind folgende: 1. Statistiken über die gesamte nationale Arbeiterbewegung aufzunehmen; 2. Stellung zu nehmen zu a) allen Arbeiterengesetzen, b) Streiks und Ausperrungen, c) allen Arbeiterwahlen; 3. durch Zusammenschluß die nationalen Arbeiter gegen gemerkantistische Terror zu schützen; 4. die Interessen der Arbeiter zu vertreten, a) in den Gemeinderäten, b) in den einzelnen Landtagen, c) im Reichstage; 5. zu diesem Zwecke bei allen diesen Wahlen die bürgerlichen Parteien zu unterstützen, wenn sie mit den von den Ausschüssen aufgestellten Zielen sich einverstanden erklären; 6. sollte dies letztere nicht der Fall sein, besonde re Kandidaten auszustellen; 7. Mitteilungen herauszugeben, die alle angeschlossenen Verbände und Vereinigungen sowie deren Fachblätter und Zeitungen von dem jeweiligen Stand untrer Bewegung unterrichten.

Nach diesem Referat setzte ein anständiger Krakeel ein, als bekannt wurde, daß am Tage vorher, also am Kommerstage, die Werkvereine einen Bund der Werkvereine gegründet hatten, weil sie besondere Interessen hätten. Zahl und Berliner Schudertwert klage, daß sich die Zeitungen Büch, Wehr und Deutsche Treue ständig „in den Haaren liegen“. Auf uns Berliner wird immer herumgeschaut. (Wärm.) Wir sind aber ebenso patriotisch wie Sie. Solche begeisterte Versammlungen wie am gestrigen Abend hier, können wir in Berlin nicht machen. Es ist ein Wunder, daß wir soweit, wie geschähen, Fuß fassen konnten, denn in Berlin ist alles rot. Was uns der Referent vorschlägt, das können und dürfen wir heute noch nicht in Berlin tun. Die Furcht nach außen läßt das nicht zu. Sonst sind wir mit allem einverstanden, nur wollen wir nicht so offen hervortreten. Der famose Nationalvereiner Ermert konnte sich trotzdem mit den Werkvereinsmitgliedern nicht abfinden. Wenn er heiraten wollte, müßte er erst seine Ehehälfte kennen lernen! — Als ob bei dieser Sorte Menschen noch ein „Systemlernen“

nützlich wäre. Als dann beim nächsten Redner der Kravall zu stark wurde, formierte man rasch eine gemeinsame Kommission zur Regelung der strittigen Fragen, wobei aber wieder neuer Krach über die Person des Vorsitzenden entstand. Emerit Schlug seinen Freund Baron (!) v. Reibnitz vor, die Werkvereiner dagegen den Schlosser Warnecke, der dann auch trotz Protestes mit 74 gegen 61 Stimmen gewählt wurde.

Als dann nach geraumer Zeit die Kommission Bericht erstattete, mußte der Vorsitzende Warnecke mit betrübter Miene mitteilen, daß aus der geplanten Einigung nichts geworden sei. Obwohl festgestellt worden wäre, daß die Interessen der Werkvereiner und der Nationalvereiner ziemlich die gleichen seien, hätte sich doch die Einigung zerschlagen an der Frage: Wer übernimmt die Führung? — Er bedauerte, wenn die Einigung an einer Machfrage scheitern sollte. Der neu einsetzende Krach veranlaßte dann den Werkvereiner Hellwig, zu beantragen, daß die nationalen Arbeitervereine in wirtschaftlichen Fragen zusammengehen und den Kampf in der Presse vermeiden sollen, ferner ein Kartell nationaler und Werkvereiner zu gründen zur Lösung der gemeinschaftlichen Fragen, das bis zur nächsten Konferenz die Leitung vorschlagen hat. An persönlichen Fragen dürfe die Einigung nicht scheitern. — Das ging den Nationalen aber doppelt wider den Strich. Unter lebhaftem Kadab wurde schließlich abgestimmt. Die Mehrheit, die aus Werkvereiner bestand, erhob sich für den Antrag Hellwig mit der Forderung „Hauptausfluß“. (Händlerklatschen und Beifall.)

Ein Delegierter verlangte darauf die Gegenprobe. Es erhob sich aber niemand, weil der Vorsitzende sie mit folgenden Worten verlangte: Wer es fertig bringt, dagegen zu stimmen, der mag sich erheben!

Infolgedessen wurde die einstimmige Annahme der Resolution konstatiert, worauf die „waterländischen“ Delegierten zum großen Teil ihre Plätze verlassen. Es wurde dann beschlossen, daß der neu eingesetzte Hauptausfluß seinen Sitz in Magdeburg haben und die nächste Konferenz am 11. Dezember wiederum in Magdeburg stattfinden soll.

Damit wäre also die so sehnlich gewünschte Einigung nicht erreicht worden. Der Streit um die Führung, bei dem der Emerit eine große Rolle spielte, hat die gelben Brüder nicht zusammenkommen lassen. Die unermüdete diese Debatten den Herren aber waren, das zeigte der Appell des Vorsitzenden, der zum Schluß die „Herren Pressevertreter“ ersuchte, über die „Mißverständnisse“ nicht zu berichten. Die bürgerliche Presse ist denn auch diesem Wunsch ihrer Lieblinge nachgekommen. Und wie schön wäre es doch gewesen, nach außen hin mit dem großen gelben Bund aufzutreten zu können.

Daß sich diese edlen Seelen trotzdem eins fühlen, eins namentlich in dem Berrat ihrer Klassengenossen, das zeigte die bornierte, langatmige Resolution, in welcher gesetzgebende Maßregeln für den Schutz der Arbeitswilligen und insbesondere das Verbot des Streikpostenspiels verlangt wurden. Besser konnte die gelbe Unternehmerstruppe ihre Verbindung mit dem Scharfmachertum nicht dokumentieren.

Daß der „Wohlfahrtschwindel“ der Unternehmer ein großes Lob, die Sozialgesetzgebung dagegen eine scharfmacherische Kritik erfuhr, weil sie angeblich die Herrschaft der Sozialdemokratie fördere, versteht sich am Rande. Deswegen waren ja die gelben Brüder zusammengekommen, und sie hätten sich einem bösen Anschauung ihrer Ausschalter ausgesetzt, wenn sie anders, als gesehen, gehandelt hätten.

Ist die gewünschte Einigung — das heißt die von den Scharfmachern für ihre Zwecke gewünschte Einigung — der Gelben also nicht zustande gekommen, so haben die diversen Richtungen der organisierten Herrscher der Arbeiterinteressen doch ihren Auftrag erfüllt, daß deren materielle Aufwendungen nicht nutzlos ausgegeben worden sind. Die Scharfmacherblätter können nun mit „Arbeiter“ beschließen trotzdem gehen. Welchen Wert diese aber haben, darüber ist sich wohl jeder nur einigermaßen auf Sandvertritt haltende Mensch klar.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Bücher der zum Militär einberufenen Kollegen sind zur Aufbewahrung an den Zentralvorstand zu senden. Infolge Wechsels der Verwaltungspersonen gehen in den Zahlstellen die Bücher vielfach verloren und der vom Militär entlassene Kollege hat dann Unannehmlichkeiten.

Korrespondenzen.

Mittelnungen. Am 6. Oktober fand im Lokal von Daniel Bayer eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Die Zahlstelle hat unter der wirtschaftlichen Krise sehr gelitten. Es befindet sich hier nur ein größeres Geschäft (Firma Polzmann), und als dieses den Betrieb einschränkte, wurden die Kollegen auseinandergeprengt und mit diesen auch die Zahlstelle. Nur einige zahlende Mitglieder bildeten hier den Stamm. Mit dem Eintritt einer besseren Konjunktur wurde der Betrieb wieder vollständig aufgenommen, so daß jetzt hier 57 Steinarbeiter beschäftigt sind. Nun erwachten auch unsere Kollegen aus ihrem Schlummer. Die Versammlung, in der Kollege Kalbfuß-Dürheim über die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Organisation referierte, war leidlich besucht. Die Versammelten verfolgten mit Aufmerksamkeit die Ausführungen und der lebhafteste Beifall bezeugte, daß sie damit einverstanden waren. Sämtliche anwesenden nichtorganisierten Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Sodann wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Es wurden Karl Schäfer als Vorsitzender und Heinrich Schumacher als Kassierer gewählt. Als Platzkassierer wurde Kollege Weinheimer bestimmt. Nach einem markigen Schlusswort des Kollegen Kalbfuß, in dem er die Kollegen ermahnte, treu zusammenzuhalten und die neue Vorstandsgeschäft zu unterstützen, damit es möglich wäre, sämtliche hier beschäftigten Kollegen in unsern Verband zu bringen, wurde die schon verlaufene Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Arbeiterkollektivität geschlossen.

Darmstadt. Am 9. Oktober fand im Gewerkschaftshaus unsere Monatsversammlung statt. Nach Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung wurde die Kasse revidiert und dem Kassierer Entlastung erteilt; für seine Mühe und Arbeit, sowie seine tadellose Kassenführung wurde ihm anerkennende Worte gesagt. Als Referent war Kollege Saffert aus Mannheim erschienen, welcher in einer längeren Ansprache über Mittel und Wege zur Hebung der Organisationsverhältnisse sprach. (Lebhafte Beifall.) Für den abgelaufenen Monat und Kassierer war eine Neuwahl nötig geworden und wurde als solcher Kollege Johann Bod, Darmstadt, Erbacherstraße 45, gewählt und ihm am 11. Oktober das Material nebst Kassenbestand zur Verwaltung übergeben. Von verschiedenen Kollegen wurde das Verhalten des Steinmetzmeisters Peter Korn in Darmstadt gegenüber dem Verbande getadelt. Er betritt die Mitglieder des Verbandes einfach als Aufwiegler. Es ist deshalb sehr schwer, Leute aus seinem Betriebe zu organisieren. Es muß uns dennoch gelingen, über kurz oder lang, seine Leute für unsern Verband zu gewinnen.

Duisburg. Da die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages resultatlos verlaufen waren, traten die Kollegen am 17. September in den Streik. Trotz der schwarzen Listen, die von den Unternehmern verschickt wurden, gelang es der Mehrzahl der streikenden Kollegen, anderweitig Arbeit zu

finden. Nach dreiwöchiger Dauer erklärten sich die Unternehmer bereit, in neue Tarifverhandlungen einzutreten, die am 7. Oktober ihren Abschluß fanden. Erreicht wurde bei dreijähriger Tarifdauer eine Lohnerhöhung von 10 Pfg. Der Minimallohn beträgt jetzt 60 Pfg. Eine Anzahl Akkordpositionen wurden um 5 bis 10 Prozent erhöht. In der am Abend stattgefundenen Versammlung erkundete Gauleiter Herrmann Bericht. Nach einer Aussprache erhielt die Lohnkommission den Auftrag, den Tarif zu unterzeichnen. In seinem Schlusswort richtete der Gauleiter an die Kollegen die dringende Mahnung, weit mehr als bisher dem Verbands treu zu bleiben, fleißig die Verhandlungen zu besuchen und die sonstigen Pflichten dem Verbands gegenüber gewissenhaft zu erfüllen. Der abgeschlossene Tarif könne nur dann den Kollegen Vorteile bringen, wenn die Organisations der Kollegen einig und geschlossen zusammenhalte.

Düsseldorf. In der Grabsteinbranche wurde nach nur zweitägiger Verhandlung am 5. Oktober ein Tarif abgeschlossen, der eine wesentliche Verbesserung für uns bedeutet. Der Stundenlohn wurde festgesetzt im 1. Tarifjahr auf 65 Pfg., im 2. auf 68 Pfg. und im 3. auf 70 Pfg. bei 10stündiger Arbeitszeit. Auch auf die Akkordpreise wurde ein Aufschlag von 10—15 Prozent gewährt. Dagegen sind die Verhandlungen in der Marmorbranche als gescheitert zu betrachten. In einer am 8. Oktober einberufenen außerordentlichen Versammlung gab die Lohnkommission den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Angebote derselben waren aber so gering, daß die Versammlung mit großer Mehrheit den Abschluß des Tarifs ablehnte. — Die Unternehmer boten nämlich für Marmorhauer 3 Pfg. und für Polisseure 5 Pfg. Zulage an und zwar für 3 Jahre. Die Akkordpreise sollen bestehen bleiben wie bisher. Diese paar Pfennige Lohnzulage bedeuten für uns so viel wie nichts, da hier selten im Lohn geschäft wird. Es wurde in der Versammlung beschlossen, diesen Winter ohne Tarif zu arbeiten.

Ehringsdorf. Am 9. Oktober fand unsere Monatsversammlung im Restaurant Bergschlößchen statt. Der Besuch war ein guter. Der Vorsitzende teilte der Versammlung mit, daß Kollege Koch sein Amt als Gauleiter aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat. Wir verlieren in ihm einen tüchtigen gerechten Gauleiter, welcher stets alles für die Organisation eingeleistet hat. Hierauf wurden vier Kollegen neu aufgenommen. Dann verlas der Vorsitzende den Halbjahrsbericht. Demzufolge fanden im verfloffenen Halbjahr 6 Monatsversammlungen statt. Die Gesamteinnahme beträgt 115.19 Mk. Kollege Paul Harz führte als Kartelldelegierter aus, daß die Kollegen mehr auf die Behandlung der Lehrlinge achten sollen und etwaige Vorbronnisse dem Vorsitzenden der Beschwerdekommission, Genossen Reid, zu melden. Das Herbergsregulativ wurde in der letzten Kartellversammlung angenommen. Am 23. Oktober findet eine kombinierte Versammlung in Ehringsdorf statt, zu der sämtliche Kollegen der Umgebung erscheinen wollen.

Hemsbach. (Erklärung.) Wir Endesunterzeichnete geben hiermit nachstehende Erklärung ab: Es ist unwahr, daß Kollege Weidenhammer im Betrieb König Lente einstellen oder entlassen kann. — Direkt unwahr ist, daß Weidenhammer den Steinarbeiter Gattum entlassen hat. Im Gegenteil: Weidenhammer trat bei der Rückkehr Königs sofort für Gattum ein und forderte den Betrag von 12.20 Mark nach, welchen Gattum nach seiner bei uns gemachten Angabe noch zu bekommen hätte. Kollege Weidenhammer sympathisiert nicht im geringsten mit dem Unternehmer König. Dafür hat er schon deutlich Beweise erbracht, indem er unsere Interessen bis auf äußerste vertrat. Bemerkte sei noch, daß wir mit Gattum nicht mehr zusammenarbeiten wollen. Auf's höchste müssen wir bedauern, daß Verdächtigungen, welche von einer berartigen Person ausgehen, in Kollegenkreisen noch Glauben finden. Daniel Magnani, Hermann Springer, Wilhelm Kempermann, Heinrich Rixert, Gabriel Kadel.

Kirchhausen. Beim Schmitt-Schneiderer fand am 9. Oktober unsere Quartalsversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt, welche von dem Vorsitzenden und den Revisoren für richtig erklärt wurde. Es wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag an das Arbeitersekretariat Worms nicht mehr, wie bisher, aus der Kasse zu entnehmen, sondern daß ihn von jetzt ab jeder Kollege selbst zahlen soll. Eine scharfe Debatte entpann sich über die Kündigung des Tagelohnstokens von seiten der Unternehmer. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem Vorgehen der Unternehmer wegen Aufkündigung des Tagelohnstokens. Die Arbeiterschaft erblickt in diesem Ansinne eine starke Lohnreduzierung, indem die hiesigen Steinbrüche nicht geeignet sind, daß man im Akkord stoßen kann. Ferner erblickt die Arbeiterschaft in dem Beschluß der Unternehmerversammlung einen groben Tarifbruch. Im weiteren scheint es uns, als sollten die Worte des Herrn Direktors Vogt, welcher auf der letzten Schiedsgerichtssitzung äußerte: „Der Tarif muß diesen Winter eine Milderung erfahren!“ unternehmerseits ihre dementsprechende Durchführung erhalten. Die Versammlung spricht ferner den Stoßern die volle Sympathie aus.“ Arbeitersekretär Engelmann aus Worms hielt einen lehrreichen Vortrag über unsere Krankenassenstatuten. Er warnte die Kollegen vor den sogenannten Schwindelkassen. Zum Schluß seiner Rede wies er darauf hin, daß die Kollegen mehr die Parteipresse lesen sollen, weil sie in ihr die meisten Belehrungen und Aufklärungen finden.

Kupferbröh (Rheinland). Infolge ungenügender Akkordpreise mußten am 1. Oktober 26 Kollegen der Firma L. Hoff, welche die Steinarbeiten zu der neuen Brücke in Mühlheim an der Ruhr ausführt, die Arbeit niederlegen. Alle Verhandlungen mit dem Geschäftsführer, Herrn Weingart, verliefen vor der Arbeitsniederlegung leider resultatlos. Er gab wohl allgemeine Versprechungen, aber das war nichts Bestimmtes, um die Kollegen zu befriedigen. Das Material, welches verarbeitet wird, ist sehr harter Kupferstein. Auf Ansuchen der Kollegen unterhandelte Gauleiter Adolf Herrmann wiederholt mit einer Kommission und Herrn Weingart. Es kam dann eine Einigung auf folgender Basis zustande: Der Preis der sogenannten „Kanzelstücke“ wird um 25 Prozent erhöht, und bei den sogenannten Abdruckplatten wird neben den Akkordreisen ein Stundenlohn von 65 Pfg. garantiert. Dieser Abmachung stimmten die Kollegen zu und die Arbeit wurde am 12. Oktober wieder aufgenommen. Die Einigkeit der Kollegen hat somit zu einem schönen Erfolge geführt. Hoffentlich bleibt das auch in Zukunft so. Keiner von den Streikenden ist zum Streikbrecher geworden, trotz aller Versprechungen.

Ragen (Rheinland). In der am 9. Oktober stattgefundenen, sehr stark besuchten Versammlung war als Referent Gauleiter Herrmann erschienen, der über das Thema: Welche Aufgaben und Ziele hat die Arbeiterklasse zu erfüllen? referierte. Nachdem das vom Schriftführer gut aufgesetzte Protokoll von der letzten Versammlung verlesen und angenommen war, gab der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal bekannt. Die Revisoren und der Gauleiter bestätigten, daß alles in bester Ordnung besunden wurde. Gauleiter Herrmann gab den Kollegen in seinem Vortrage ein Bild, wie die Lohnarbeiterklasse in Deutschland entstanden ist. Eingehend legte er den Kollegen die Ziele der Arbeiterbewegung klar, und welche Aufgaben die Arbeiterklasse zu erfüllen hat. Heute gebe es im wirtschaftlichen Leben zur Verbesserung der Existenz der Arbeiter nur ein Mittel — und das sei der Zusammenschluß in Organisationen. Den Kollegen setzte er dann noch den Steinarbeiterverband und seine Einrichtungen klar auseinander und schloß mit der Aufforderung zur unermüdeten Agitation für den Verband. Die Dis-

kussion war recht lebhaft; alle Redner waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Vor allen Dingen wurde es freudig begrüßt, daß die Zahlstelle betreffs der Mitgliederzahl so schöne Fortschritte gemacht habe. Des weiteren wurde noch mitgeteilt, daß die Zeitung des Christlichen Steinarbeiter- und Steinarbeiterverbandes nun wegen dem Abschluß des Tarifs für den Luffstein endlich vorgehen wollte. Den vielen Versprechungen sollten nun die Taten folgen. Es wurde angefragt, was die Kollegen bei einer Arbeitsniederlegung der Christlichen tun sollten. Gauleiter Herrmann erwiderte, in diesem Falle hätten die Kollegen ebenfalls die Arbeit zu verweigern; sie würden auch unterstützt. Den Hilfskassierern wird laut Antrag ab 1. Oktober eine kleine Entschädigung gewährt. Im Schlusswort dankte der Gauleiter den Kollegen für das rege Interesse, das sie in der Versammlung bekundet hätten, und ersuchte alle Kollegen, rastlos an der Ausbreitung der Zahlstelle mitzuhelfen.

Münster. Statistische Erhebungen vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910. Es muß eingangs erwähnt werden, daß das Interesse an der Ausfüllung der Statistik flau ist. An derselben beteiligten sich 95 Kollegen, davon waren 63 Sandsteinmehnen, 15 Marmorsteinmehnen, 10 Marmorsteine, 3 Hobler und Dreher und 3 Plazarbeiter. Der durchschnittliche Jahresverdienst betrug bei den

	Mk.	Arbeitstage
Sandsteinmehnen	1249.88	245
Marmorsteinmehnen	1478.71	262
Marmorsteine	1358.96	269
Sonstigen Arbeitern	1223.94	299

Es hatten Jahresverdienst bis zu 700 Mk. 4 Sandsteinmehnen; über 700—900 Mk. 11 Sandsteinmehnen, 1 Marmorsteinmehnen, 1 Marmorsteine, 1 sonstiger Arbeiter; von 900—1000 Mk. 3 Sandsteinmehnen, 1 Marmorsteinmehnen; von 1000—1200 Mk. 12 Sandsteinmehnen, 1 Marmorsteinmehnen, 2 sonstige Arbeiter; von 1200—1300 Mk. 5 Sandsteinmehnen, 1 Marmorsteinmehnen, 1 Marmorsteine, 1 sonstiger Arbeiter; von 1300—1500 Mk. 9 Sandsteinmehnen, 4 Marmorsteinmehnen, 6 Marmorsteine, 3 sonstige Arbeiter; von 1500—1700 Mk. 10 Sandsteinmehnen, 4 Marmorsteinmehnen, 2 Marmorsteine; von 1700—1800 Mk. 5 Sandsteinmehnen, 4 Marmorsteinmehnen; von 1800—1900 Mk. 2 Sandsteinmehnen, 1 Marmorsteinmehnen; von 1900—2000 Mk. 1 Sandsteinmehnen; über 2000 Mk. 1 Marmorsteinmehnen.

Das Durchschnittsalter betrug bei den

Sandsteinmehnen	30,9 Jahre
Marmorsteinmehnen	32,6 "
Schleifern	29,6 "
Sonstigen Arbeitern	32,1 "

Diese Zahlen zeigen, daß unter den hiesigen Steinarbeitern ganz miserable Gesundheitsverhältnisse herrschen. Im Beruf waren tätig: die Sandsteinmehnen im Durchschnitt 17 Jahre, die Marmorsteinmehnen 16 Jahre und die Marmorsteine 12 Jahre.

In 34 Fällen genügt das Einkommen der Kollegen nicht und es muß die Frau zum Lebensunterhalt mit beitragen.

Das Werkzeug müssen 63 Sandsteinmehnen selber stellen und belaufen sich die Kosten für Nachbeschaffung von Werkzeug durchschnittlich auf 10 Mk. pro Jahr.

Von den Beteiligten sind 71 Kollegen verheiratet, dieselben haben zusammen 141 Kinder; 24 Kollegen sind ledig.

An Mietzins haben zu entrichten: 4 Kollegen bis 100 Mk., 3 bis 150 Mk., 9 bis 200 Mk., 18 bis 250 Mk., 25 bis 300 Mk., 11 bis 350 Mk. und 1 Kollege über 550 Mk. Die Löhner werden daraus ersehen, daß hier die Wohnungspreise geschnitten sind. Wenn nun unsere Kollegen alles aufbieten, daß hier höhere Stundenlöhne bezahlt werden, so ist das durchaus erklärlich. Und in dieser Hinsicht müssen wir in Zukunft auf dem Posten sein. Die Stundenlöhne sind in Hamburg, Berlin, Dresden, Leipzig um 8 bis 15 Pfg. höher wie hier. — Die Organisationsverhältnisse sind hier im allgemeinen gute zu nennen, und wir haben in Zukunft so zu arbeiten, daß die innere Festigung noch eine größere wird. R. Schüring, Statistiker.

Ober-Glodenbach. Am 9. Oktober fand im Lokal zur Krone eine Steinarbeiterversammlung statt. Als 1. Punkt stand Zahlung der Beiträge auf der Tagesordnung. Derselbe war halb erledigt. Hierauf referierte Kollege Weidenhammer über das Thema Arbeiterorganisation und Unternehmertum. In ausführlicher Weise behandelte er die großen gewerkschaftlichen Kämpfe, die sich in diesem Jahre abspielten. So z. B. die Bauarbeiterausperrung, den Streik der Werftarbeiter und die geplante Aussperrung der Metallarbeiter. Nur durch die starken Organisationen, über welche diese Arbeiterkategorien verfügen, war es möglich, die schwereren Kämpfe durchzuführen. Er kam auch auf den Terrorismus der Odenwaldunternehmer zu sprechen, denn dieselben haben auch schon mehrmals in diesem Jahre die Kriegstrompete geschmettert. So unternahmen sie in letzter Zeit wieder einen Angriff auf die Steinbrüche. Die Ausführungen wurden von den Kollegen Baldo Augusto und Pjol Giovanni überföhrt. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Pöfen. Am 4. Oktober fand unsere Monatsversammlung statt, in welcher u. a. auch die wirtschaftliche Lage der hiesigen Steinarbeiter erörtert wurde. Besonders die Lohnverhältnisse bedürfen hier einer einheitlichen Regelung. Der Stundenlohn in den einzelnen Betrieben schwankt von 35 bis 55 Pfg. Eine eiserne Notwendigkeit ist es daher, alle hiesigen Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Nur dann wird es möglich sein, diesen Mißstand, der unsern Sache äußerst hinderlich ist, zu beseitigen. Den in der neugegründeten Marmorsteinelei von Doppelstein beschäftigten Kollegen ist auch eine annehmbare Lohnverbesserung in Aussicht gestellt worden. Jedoch scheint es beim Beredsamen bleiben zu wollen, da der Lohn nicht mehr pünktlich ausgezahlt wird und einige Kollegen ihre Arbeit deshalb niedergelegt haben. Fremde Kollegen, welche von der Firma herangezogen worden sind, haben die Arbeit auch bald wieder niedergelegt. Wir machen darauf besonders aufmerksam! Was die ungeheure Unterbezahlung anbetrifft, so wäre noch die Firma Berlowitz zu nennen! Was sich der Herr Inhaber in Kellame leistet, ist in unserm Fach beispiellos. Im Schaufenster ist zu lesen: Denkmäler: früher 150 Mark, jetzt 85 Mark usw. Schriften in diese Denkmäler pro Buchstabe 7 Pfg. Dieser Stil geht über ins Konfektions- als wie ins Grabsteingeschäft. Bei Punkt Verschiedenes lagten einige Kollegen über unzureichende Arbeitsräume und mangelhafte Reinigung der Bedürfnisanstalten. In einem Fall ist gar kein Schuppen vorhanden.

Rüders. Unsere Versammlung am 9. Oktober konnte leider einen guten Besuch nicht aufweisen. Die Quartalsabrechnung wurde verlesen; es entstand ein Defizit von ungefähr 50 Mk. Die Revisoren betonten, daß die Quartalsabrechnung sehr gut ausgearbeitet sei. Zu bedauern war, daß in der Versammlung die größten Kritiker gefehlt haben. Sie hätten uns leicht mit ihrer „Aufklärungsarbeit“ gute Dienste leisten können, doch die Anwesenden hatten umsonst auf diese Kollege gelaunt. In die Vorstandsgeschäft wurden gewählt: Kollege August Weigel als Vorsitzender, Kollege Mint Willin als Kassierer. Als Revisor fungierte Kollege R. Steyrer.

Burgen. Am 9. Oktober hielt die Zahlstelle Burgen ihre Generalversammlung ab. Von der Gauleitung waren die Kollegen Steining und Schlegel aus Beucha anwesend. Ersterer hielt ein populäres Referat über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, wofür er reichen Beifall erntete. Dann gab der Kassierer seinen Bericht, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. Der Versammlungsleiter Kollege Schlegel gab darauf bekannt, daß der Kollege Pfeiffer sein Amt als Vorsitzender niedergelegt habe und sich deshalb eine Neuwahl notwendig mache. Kollege Kreckmar wurde einstimmig gewählt.

Zum Kassierer wurde Heinrich Kern bestimmt. Der neue Vorsitzende hat die Anwesenden, ihm möglichst zu unterstützen. In der Burgener Gegend gibt es noch ein großes Agitationsfeld, und da ist es notwendig, daß alle Mitglieder ihre Pflicht tun. Anerkannt wurde, daß die Hauptversammlung bisher alles getan hat, um im Burgener Gebiet den Verband hochzubringen.

Rundschau.

Der nächste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands findet 1911 in Dresden statt. Die Zeit der Tagung wird noch später bestimmt. Eine am 10. und 11. Oktober in Berlin stattgefundene Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände entschied sich für Dresden als Kongressort. In der nächsten Jahre in Dresden eine internationale Hygiene-Ausstellung stattfindet, an der sich die Zentralverbände beteiligen werden. Mit dieser Ausstellung soll eine Heimarbeit-Ausstellung verbunden werden. Auch hierzu wurde die Anteilnahme beschlossen. Zur Vorbereitung aller notwendigen Schritte wurde ein Organisationskomitee aus elf Vertretern der Berufsgruppen und zwei Vertretern der Generalkommission eingesetzt.

Eine neue Einrichtung. In die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission tritt am 1. Januar 1911 Genosse Max Schippel ein. Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission wurde am 1. April d. J. eingerichtet. Sie steht unter der Leitung des Genossen Robert Schmidt, der seine Stellung im Zentralarbeitersekretariat ausübte, um in das sozialpolitische Bureau einzutreten. Mit der Abteilung sind auch die Geschäfte der bisherigen Kommissionen für Bauarbeiterschutz, zur Bekämpfung des Rost- und Logiszwangs, sowie der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) verbunden worden. Der bisherige Angestellte der Bauarbeiterschutzkommission, Genosse Heintze, trat sogleich mit der Uebergabe der Geschäfte dieser Kommission in die sozialpolitische Abteilung ein.

Eine erste Kautelarstellung. In Dresden hat am 15. September das Gewerkschaftskartell eine Zählung der Arbeitslosen veranstaltet. Der statistische Ausweis zeigt nun, daß die Sandsteinmengen (400 an der Zahl) nicht einen einzigen Arbeitslosen zu verzeichnen hatten. Diese erfreuliche Erscheinung müssen wir besonders vermerken. Hoffentlich hält diese gute Arbeitsgelegenheit dauernd an.

Steinanspruchnahmen. Folgende Lieferungen sind ausgeschrieben: Liegnitz: 10.000 Quadratmeter Pflastersteine, 2000 Meter Randsteine; Kronshagen (Schlesien): 4000 Meter Randsteine, 1445 Quadratmeter Pflastersteine; Friedberg (Hessen): 20.000 Kubikmeter Packlage; Calw: 2410 Kubikmeter Schotter; Berlin: 450 Kubikmeter Werksteine für den Schiffahrtsspeicher; Spandau: 1000 Kubikmeter Packsteine; Leipzig: Steinmehrarbeiten für den Erweiterungsbau der Augenklinik.

Jagd nach Mischkalksteinbrüchen. Die Landwirte in der Würzburger Gegend (Unterfranken) profitieren durch die Entwicklung der Mischkalksteinindustrie am allermeisten. Die Grundstückspreise sind enorm in die Höhe geschraubt worden. Kürzlich hat sich in dortiger Gegend die Firma Bachmann & Co. aus Königswinter ein großes Steinbruchgelände gesichert. Für unsere Kollegen kann es nur angenehm sein, wenn dort die Steinindustrie noch immer an Ausdehnung zunimmt. Allerdings, die Wohnungsverhältnisse lassen sehr viel zu wünschen übrig. Die Landwirte laden zwar das schöne Geld ein, aber die traurigen Wohnungsverhältnisse zu bessern, fällt ihnen nicht im geringsten ein. Am besten ist es, unsere Kollegen ziehen die Gründung einer Baugenossenschaft in Erwägung.

Ein neuer Pflastersteinbruch wird in Lehbach (Rheinland) errichtet. Auch sollen im Steinbruch Kleinflugschlagmaschinen zur Aufstellung gelangen.

Pflasterprogramme der Stadt München. Die Stadt München nimmt im Jahre 1911 größere Pflasterungen vor. An Kleinpflaster werden benötigt 49.680 Quadratmeter, an Kopfsteinen 65.108 Quadratmeter, und asphaltiert werden 33.830 Quadratmeter. Aus Granit werden somit über 100.000 Quadratmeter hergestellt. Das soviel Asphalt Verwendung findet, wundern wir nicht, denn die Münchner Rentiers wollen nur geräuschloses Pflaster erleben sehen.

Die italienische Steinindustrie hat im Jahre 1908 für 41.067.652,80 Mark Erzeugnisse produziert. Hauptsächlich wird verarbeitet: Marmor, Kalkstein, Sandstein. Granit wird in Italien weniger verwendet. Wie eine statistische Erhebung ergibt, gehen die Steinbruchbesitzer immer mehr dazu über, mit maschineller Kraft arbeiten zu lassen.

Deutsche Gewerkschafter in Amerika. Die Genossen Simon und Hültermann, Angestellte des Zentralverbandes Deutscher Schuhmacher, befinden sich auf einer Studienreise in Nordamerika. Sie wollen die Berufsverhältnisse ihrer Branche eingehend kennen lernen. Für die Schuhmacherbewegung wird zweifellos die Delegation sehr nützlich sein.

Christliche Schneelocher. In München ließ sich der von Hannes Wolf so stark angegriffene Abgeordnete Oswald in einer Zusammenkunft ein Vertrauensvotum ausstellen. Die christliche „Gewerkschaftsstimme“ bringt darüber einen recht geschminkten Bericht. Eine Stelle müssen wir daraus zitieren:

Eine von der Versammlung gewählte Kommission hatte die in der Broschüre zusammengestellten Zahlen während des Vortrages zu kontrollieren, und stellte der Berichterstatter im Namen der Kommission fest, daß die Zahlen Wolfs nicht im geringsten Anspruch auf Richtigkeit haben und auf eine Täuschung der Öffentlichkeit ausgehen sind.

Das ist ja wirklich zum Ueberdauern. Während der Herr Abgeordnete Oswald seine Pause hielt, hat die in der Versammlung gewählte Revisionskommission ihres Amtes gewaltet und die Buch- und Kassensführung des Hilfsarbeiterverbandes für gut befunden. Die Kommissionsmitglieder haben sicherlich noch besser wie Archimedes und Pythagoras rechnen können, wenn sie so etwas fertiggebracht haben. Aber eins fällt uns auf: ein beedigter Bürgerrevisor hat in Achaffenburg in der Hauptstelle vier volle Tage herumgewöhlt, um sich in die verwickelte Geschichte hineinzufinden; aber die unerfahrene Kommission führte die Kontrolle in netto 1 1/2 Stunden durch. Die Wolf'sche Broschüre wird den christlichen Arbeitern zeigen, wie in den Zentrumsverwaltungen mitunter gewirkt wird. Der Abgeordnete Oswald dürste im bayerischen Landtage seine Rolle als Preisrichter der Sozialdemokratie gegenüber ausgespielt haben. Im übrigen ist es sehr amüsan, daß in München die Christlichen eine so fixe Revisionskommission aufweisen können. So schnell arbeitende Leute könnten die Christlichen sicherlich auch anderweitig brauchen.

Unterstützung. Im Münchner Christkatholischen Begräbnisverein hat der Kassierer Ludwig Wartenhauser 160.000 Mark unterstulzen. In fünf Jahren sind überdies für Verwaltungskosten 60.000 Mark ausgegeben worden. Man möchte meinen, bei den Christlichen Wänte so etwas nicht vorkommen.

Eine ordentliche Schlapp. Bei den Wahlen zum Arbeiterausschuß für die städtischen Betriebe in Straßburg holten sich die Christlichen trotz ihrer bekannten rüden Agitation eine schwere Niederlage. Von 550 Wahlberechtigten stimmten 473 ab. Gewählt wurde nach dem Proporzsystem. Es waren 18 Kandidaten zu wählen. Die Christlichen konnten nur 8 Kandidaten stellen, und davon waren 4 noch nicht einmal organisiert. In den Wahlen in den Betrieben des Wasserwerks, des Schmelzwerks, des Zementwerks, des Schmelzwerks und des

Straßenunterhalts konnten sie sich überhaupt nicht beteiligen. Für die Liste des freien Gemeindearbeiterverbandes wurden 342 unabgeänderte und 54 abgeänderte Zettel abgegeben, für die Christlichen 23 unabgeänderte und 54 abgeänderte Zettel. Auf die Liste des freien Gemeindearbeiterverbandes fielen insgesamt 5019, auf die christliche Liste 886 Stimmen. Die 18 Kandidaten des freien Verbandes wurden gewählt. Die Christlichen erhielten keinen Vertreter. Diese Niederlage der Christlichen hat eine besondere Bedeutung. Nach der für die Sozialdemokratie unglücklich ausgefallenen Gemeinderatswahl im Jahre 1906, wo wir alle Sitze im Gemeinderat verloren, während das Zentrum im Kompromiß mit den Liberalen 12 Sitze neben 24 Liberalen erhielt, hielten die München-Glabacher Arbeiterkassierer ihre Zeit für gekommen. In ihrer Ueberhöhung setzten sie es mit Hilfe des bürgerlichen Gemeinderats durch, daß an den Arbeiterausschüssen das Proporzwahlrecht eingeführt wurde. Und nun diese katastrophale Niederlage.

Ein Jahr Schnapsboykott! Das ziffermäßige Ergebnis des ersten Steuer- und Boykottjahres im Spiritusgewerbe liegt nunmehr vor. Nach der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Produktionsstatistik ist der Trinkkonsum von Branntwein in dieser Kampagne von 2.602.121 Hektoliter auf den Betrag von 1.800.422 Hektoliter zurückgegangen. Ein überaus erfreuliches Ergebnis, das der Manneszucht in der Arbeiterklasse ein großartiges Zeugnis ausstellt und auch unsern Gegnern Respekt einflößen muß. Wieviel Gesundheit wurde dadurch bewahrt, wieviel Leid blieb ungefüßt, wieviel Unfälle und Schäden ließen sich vermeiden, wie sehr verrecknet hat sich der steuerfreudige Schnapsbiel!

An unsre Leser richten wir eine Frage: Gehörst du zu den Männern, die im Jahre 1910 die 800.000 Hektoliter Branntwein nicht mehr getrunken haben? Oder gehörst du zu den Schwächlingen, die mit den verflüchteten Ziegeln in Ostelbien und halbkontinuierten Einwanderern aus Galizien den Junkern noch 1 1/2 Millionen Liter Schnaps abgelaufen und vertrunken haben?

Wenn das letztere zutrifft, wie denkst du über deine Gesundheit, deine Solidarität, deinen Trost im Jahre 1910/11?

Bedenke: 80 Millionen Liter wurden weniger getrunken. Willst du bei denen bleiben, die sich nie aufraffen?

Recht muß Recht bleiben. Auf einer Delegiertenversammlung der katholischen Arbeitervereine in Regensburg war auch Bischof Henle anwesend. Der Bischof redete und versuchte seine Worte, die er im bayerischen Reichsrat fallen ließ, umzuwenden. Der Bischof meinte nämlich jetzt: „Wenn ich den hl. Paulus zitierete, so habe ich ihn selbstverständlich nicht wörtlich angeführt; an einem solchen Ort pflegt man nicht wörtlich Schriftstellen zu zitieren; wörtliche Zitate gehören in die Kirche und Schule. Ich habe gesprochen vom Standpunkt des hl. Paulus aus.“ Wir können nur dem Herrn Bischof raten, in Zukunft wörtlich zu zitieren; es gewinnt sonst gleich den Anschein, als wenn er die Paulinischen Stellen dem genauen Wortlaut nach nicht kennen würde. Durch seine Ausrede hat der Bischof seine Chancen nicht verbessert.

Der Schaffner 108. Die „Straßenbahnerzeitung“ veröffentlicht das Konterfei des Schaffners Artur Brauer, Leipzig-Volkmarssdorf. Der Betreffende wollte sich bei der Direktion eintragen und denunzierte einen Rebellkollegen, weil jener gewerkschaftlich organisiert war. Die „Straßenbahnerzeitung“ will noch mehr Photographien aus der Galerie jener berühmten Männer bekannt geben. Vielleicht werden dann die Mäder etwas zahmer.

Schweres Unglück im Steinbruch. Durch vorzeitiges Entladen eines Sprengschusses im Steinbruch der Gummersbacher Grauwackensteinbrüche wurde ein Arbeiter getötet, ein anderer wurde tödlich verletzt. Hat denn der Schiefmeister seines Amtes gewaltet?

Literarisches.

Deutsche Konkurrenz. Heft 4/5. Herausgegeben von Professor Reumischer-Karlruhe. Verlegt bei Seemann in Leipzig. Abgebildet sind 12 Entwürfe für die Bekleidung der Rennjägerstraße in Hannover. Zusammen wurden 15.000 Mark an Preisen verteilt.

Die Entwicklung des deutschen Volkes und seiner Kultur. Verlag von Ferdinand Schöningh-Paderborn. Band I 2 Mark, Band II 3 Mark. Die beiden Bücher sind für höhere Lehranstalten geschrieben, aber trotzdem ist es vermieden, daß der Stil und die Darstellung ins Byzantinische übergreift. Recht lesenswert ist besonders Band I, der von der Entstehung des Deutschen Reiches bis zum 30jährigen Kriege handelt. Was über die Anfrichtung der Kultur in den germanischen Landesteilen gesagt wird, ist mit großer Sachkunde zusammengetragen worden. Als Arbeiter mangelt uns ein gediegener Geschichtsunterricht; wer in dieser Beziehung sein Wissen bereichern will, dem sei geraten, zur Lektüre dieser Bände zu greifen. Geschichtliche Reminiscenzen kann man auch als Gewerkschafter mit großem Geschick verwenden.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 10. bis mit 15. Oktober 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Zeitz, B. 6.—, Weizen, B. 3.85, Reimscheid, B. 3.70, Hudemühle, B. 2.80, Hof, Ins. 3.20, Amorbach, B. 40.11, E. 1.—, K. 0.40, Aunkirchen, B. 130.—, Panthen, B. 165.39, E. 6.50, K. 6.80, M. 2.—, Damerna, B. 157.50, E. 1.25, Mühlberg, B. 148.72, E. 4.—, K. 2.80, Bischofswerda, B. 10.50, Ziegelanger, B. 163.80, E. 7.50, M. 2.—, Gohmannsdorf, B. 154.—, E. 2.50, K. 6.—, Gera, B. 168.26, E. 4.50, K. 5.70, M. 4.75, Weidingsfeld, B. 158.50, E. 0.50, K. 0.80, Hamburg I, B. 500.—, E. 10.—, K. 10.—, M. 35.—, Mühlberg, B. 10.20, E. 0.50, K. 3.55, Reiten, B. 513.16, E. 2.50, K. 14.—, M. 2.—, Münster, B. 100.—, K. 8.—, Nieder-Ramstadt, B. 71.54, E. 1.—, K. 1.50, Obernburg, B. 12.48, M. 1.—, Löwenberg, B. 78.60, K. 0.40, M. 5.—, Sprockhövel, B. 100.—, Seuffen, B. 541.80, E. 8.—, K. 0.10, M. 11.—, Sebnitz, B. 12.60, K. 0.90, Schwarzenbach, B. 307.25, M. 10.—, Wunsiedel, B. 153.72, K. 1.40, Treuen, B. 100.—, Riefa, B. 142.30, K. 7.70, Neubau, B. 120.80, E. 3.—, K. 0.60, Mühlheim, B. 152.14, E. 5.—, Langensfeld, B. 88.26, E. 1.—, K. 1.30, Rappelrode, B. 197.80, K. 2.20, Hochstätten, B. 251.26, M. 2.—, Hannover II, B. 187.77, M. 3.40, Höchst a. M., B. 18.02, Dardheim, B. 52.90, E. 2.—, K. 0.10, Gotha, B. 102.74, E. 4.—, K. 0.10, Div. 18.91, Frankfurt a. M., B. 450.—, Erfurt, B. 23.50, E. 7.—, Ehringsdorf, B. 63.—, M. 1.—, Eberndorf, B. 190.82, E. 1.50, K. 1.80, M. 2.40, Darmstadt, B. 44.46, Bürgstadt, B. 169.75, E. 6.50, K. 1.90, Alt-Warthau II, B. 220.—, E. 10.—, K. 10.—, M. 6.—, Alt-Warthau I, B. 500.—, K. 20.—, Alfeld, Ins. 8.40, Riefa, Ins. 2.40, Liegnitz, B. 2.80, Königswalde, B. 5.70, Borgenreich, B. 2.60, Havelberg, B. 0.80, Frankenhäusen, B. 1.90, Debitzfelde, B. 1.50, Debitz, B. 8.50, Hensburg, B. 0.70, Porta, B. 6.—, Barel, B. 7.95, Weihenfeld, B. 7.80, Siepe, B. 2.—, Pirna, Ins. 2.40, Andlau, B. 18.84, E. 14.—, Chemnitz, B. 400.—, K. 31.—, Cunewalde, B. 346.46, E. 9.—, K. 16.80, Doffenheim, B. 26.01, E. 1.—, K. 2.65, M. 0.90, Ebersfeld, B. 100.—, Emmendingen, B. 100.—, K. 10.—, M. 2.40, Gelsenkirchen, B. 75.—, Greiz, B. 61.96, K. 11.70, M. 2.40, Gommern, B. 1616.40, E. 20.25, K. 27.50, M. 29.10, Gamburg II, B. 164.—, M. 0.25, Gagenau, B. 40.74, K. 2.10, Jena, B. 117.—, E. 5.—, K. 5.—, Jannowitz, B. 50.40, K. 2.60, M. 1.—, Riel, B. 300.50, K. 10.—, M. 13.—, Kaiserhammer, B. 168.—, E. 0.50,

K. 1.50, M. 1.—, Kreuznach, B. 25.20, a. 6.—, M. 1.65, Sudmütz, B. 30.50, E. 7.—, K. 2.80, M. 3.30, Büschingbach, B. 270.98, E. 2.50, K. 8.30, Marzkeuthen, B. 165.90, E. 0.50, K. 4.60, M. 5.50, Münchberg, B. 81.90, K. 0.10, Mühlhausen i. Thür., M. 18.90, Mannheim, B. 515.—, E. 3.25, K. 14.50, München, B. 240.—, K. 24.25, Osterwald, B. 133.—, E. 1.50, K. 1.—, Pirna, B. 3761.48, E. 47.—, K. 211.90, M. 3.40, Div. 355.66, Plauen, K. 5.—, M. 4.—, Reinheim, K. 0.10, Riefa, B. 63.45, K. 0.80, Rütchen, B. 35.—, E. 2.50, K. 5.60, M. 1.50, X. 2.50, Schwarzenbach, B. 112.75, Sternfels, B. 176.40, E. 2.—, K. 9.70, M. 3.60, Straßburg, B. 160.90, E. 15.50, K. 39.60, Trütau, B. 136.—, E. 9.50, K. 4.30, M. 7.40, Wollberg, ? 41.60, Wenig-Radwitz, B. 95.—, E. 1.—, K. 18.—, Westhoven, B. 26.50, K. 1.75, M. 0.50, Wegeln, B. 42.50, Gollsen, B. 7.30, Zeterow, B. 3.—, Mostod (Heinig), 4.80, Zeitz, B. 6.70, Wurzen, B. 45.10, E. 20.50, K. 5.50, Weisenstadt, B. 37.75, E. 8.—, K. 20.—, M. 4.—, Willemann, B. 93.25, Wiesbaden, B. 128.47, E. 9.50, K. 10.90, M. 6.—, Ulm, B. 171.—, E. 1.50, Frier, B. 51.—, E. 1.—, K. 1.80, M. 1.—, St. Johann, B. 87.35, K. 1.35, Reichenbach, B. 630.—, M. 4.75, Ober-Dorla, B. 123.56, M. 1.—, Rördlingen, B. 30.—, K. 0.75, M. 6.—, Niederlamitz, B. 703.76, E. 12.50, K. 13.20, M. 10.—, Reichen II, B. 168.—, M. 13.—, Hochstätten, B. 23.22, E. 5.50, K. 0.50, Hasserode, B. 322.—, K. 18.—, Hohenau, B. 76.50, Grimma, B. 210.—, Grünsfeld, B. 200.—, E. 5.—, K. 10.—, M. 1.—, Eberbach, B. 48.30, E. 2.50, K. 1.70, Ebersfeld, B. 4.50, Dordingen, B. 117.60, Blankenburg, B. 51.—, K. 2.—, M. 1.—, Bunzlau, B. 32.17.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Wunsiedel. Der Kollege Nikolaus Panzer ist von hier abgereist und hat vergessen (!) sein Buch mitzunehmen. Die Ortsverwaltung.

Demitz-Thumitz. Um eine schnellere und leichtere Buch- und Kassensführung zu ermöglichen, hat die Ortsverwaltung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, daß die Platzkassierer monatlich die einkassierten Gelder an den Kassierer abzuliefern und Marken zu entnehmen haben. Wir erlauben die Platzkassierer, dies zu beachten, andernfalls die Abholung des Geldes durch die Revisoren erfolgt. Die Ortsverwaltung. J. A.: R. Purtsche.

Münster. Gesuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adressen folgender Kollegen zukommen zu lassen: Hermann Ziemann, geboren in König; Oskar Wirth, gen. Spitzelstein, geboren in Liegnitz; Johann Reeber, geboren in Steinbach bei Schwäbisch-Hall. Gustav Feidisch, Vorsitzender.

Adressen-Änderungen.

Alleinigen. Kass.: Heinrich Schumacher.
Chemnitz. Vertrauensmann u. Kass.: Bruno Reichold, Gutenbergstraße 19, pt.

Briefkasten.

Kirchenlamitz. Zuvor 1.50 Mk. einfinden. — A. Die Ladung zur Vorunternehmung muß respektiert werden, es kann sonst Verhaftung erfolgen (§ 133 der Strafprozessordnung). Der Angeklagte hat jedoch keine Verpflichtung, sich auf die Beschuldigung zu äußern (§ 136). — E. R. Ach was, lassen Sie uns mit § 11 des Preßgesetzes in Ruhe. Lesen Sie erst den Paragrafen richtig durch und dann strengen Sie Ihr Gehirnshmalz a. b. h. an, vielleicht nehmen wir dann von Ihrer Zuschrift Notiz. — E. Teile uns doch die Nummer des betreffenden Wertes mit. Das Buch mit der Nr. 1177 ist mit dem angegebenen Thema nicht identisch. — Dg. Wird abgelehnt; das Beweismaterial zu schaffen fällt schwer. — Fahr. Formular ausfüllen. — W., International. Wird mit Freuden aufgenommen. Viele Grüße! — E. Eine spezielle Empfehlung müssen wir ablehnen. — D. Für 100 Stück Eisen, ganz gleichgültig, ob es sich um Schlag- oder Enkelstien handelt, werden in Sch. 75 Hfa. Schärferlohn bezahlt. Es ist sehr möglich, wenn der betreffende Schmelz so miserabel härtet, aber ein Mittelmittel, um diese fatale Sache zu bessern, kennen wir nicht. Das ist die Schmelze sehr oft auf den Steinwegen beziehen, daß sich mit dem Geschirr nicht umgehen könnte, na, das wissen wir auch.

Anzeigen

Ehringsdorf.

Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 1/2 2 Uhr im Restaurant O. Döring
Distrikts-Versammlung
der Zahlstellen Jena mit Umgebung, Ehringsdorf mit Weimar und Apolda.
Bloß Krankheit entschuldigt ein Fernbleiben.
Die Ortsverwaltungen.

Ein Ersatz des Fachschulbesuches

sind d. Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Straßenbautechnik., Polier-, Bautechniker.** Glanzvolle Erfolge. Dankbareiben. Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen.
Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.

Schürzen

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Steinmetzen

finden dauernde, gutbezahlte Beschäftigung. (Wlford od. Stundenlohn).
Annawerk
Braunschweigische Dolomit- und Kalksteinbrüche, G. m. b. H.
Brankensen (Bahnstrecke Hannover-Göttingen).

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)
In Gommern am 5. Oktober der Kollege Ludwig Häne, 63 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben. — Ebenfalls am 6. Oktober der Kollege Karl Herford, 60 Jahre alt, infolge eines Schiefhalses. — In Lehr am 11. Oktober der Kollege Gottfried Sindauer, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Sozialpolitische Rechtsprechung.

a) Unfallversicherung.

G. Ueber die sehr häufig auftauchende Streitfrage, ob die Berufsgenossenschaft den Verletzten zu einer Operation zwingen kann, enthält der kürzlich erschienene Bericht des Berliner Arbeitersekretariats eine sehr interessante Entscheidung: Der Arbeiter A. hatte durch einen Betriebsunfall eine Quetschung des linken kleinen Fingers erlitten, die eine Zellgewebsentzündung zur Folge hatte. Bei Abschluß des Heilverfahrens blieb der verletzte Finger versteift in die Hohlhand eingebogen. Die Berufsgenossenschaft bewilligte ihm dafür eine Rente von 20 Prozent. Der Kläger verlangte im Klagewege beim Schiedsgericht eine höhere Rente. Während nun das Berufungsverfahren noch schwebte, erteilte die Berufsgenossenschaft dem A. einen neuen Bescheid mit dem Auftrage, sich unverzüglich zur Amputation in die Klinik des Dr. S. zu begeben. Der Kläger legte auch gegen diesen neuen Bescheid Berufung beim Schiedsgericht ein und erklärte, daß er sich den kleinen Finger nicht amputieren lassen wolle. Das Schiedsgericht gab der ersten Berufung statt und erhöhte die Rente auf 33 1/2 Prozent. Gegen wurde die zweite Berufung zurückgewiesen und der Berufsgenossenschaft das Recht eingeräumt, wegen Verweigerung der Operation die Rente auf sechs Monate einzustellen. Das Schiedsgericht war der Ansicht, daß die Operation lediglich zugunsten des Verletzten verlangt würde und nach dem heutigen Stande der Wissenschaft eine Gefahr für den Kläger so gut wie ausgeschlossen sei. Es handele sich, wenn auch nicht theoretisch, so doch praktisch um nichts anderes, wie um die Vornahme eines Heilverfahrens. Für den Kläger läge daher kein Grund vor, sich hiergegen zu sträuben. Gegen dieses eigenartige Urteil wurde Rekurs beim Reichsversicherungsamt eingereicht, und dieses gab dem Rekurse des Verletzten, soweit er den Zwang der Operation betraf, statt und hob das Urteil des Schiedsgerichts mit folgender Begründung auf: Der Senat hatte keinen Anlaß, von der feststehenden Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes abzuweichen, wonach die Verletzten nicht gehalten sind, sich Operationen zu unterziehen. Dem Kläger steht also das Gesetz zur Seite, wenn er sich weigert, zum Zwecke der Abnahme der beiden Endglieder des linken Kleinfingers sich in das Krankenhaus zu begeben, und seine Weigerung berechtigt nicht zu einer Rentenentziehung. Gegenüber dem gesetzlichen Rechte des Klägers kommt es nicht darauf an, ob seine Weigerung eine unverständige ist oder nicht. — Damit bleibt also das alte Recht, daß der Unfallverletzte nicht zur Operation gezwungen werden kann, weiter bestehen.

b) Krankenversicherung.

Nach dem § 26a des Krankenversicherungsgesetzes ist Kaffeemitgliedern, welche gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert sind, das Krankengeld soweit zu kürzen, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Krankengeld den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagelohnes übersteigen würde. Durch das Kassenstatut kann diese Kürzung ganz oder teilweise ausgeschlossen werden. Anderweitige Versicherung ist nicht nur eine wirkliche Versicherung, sondern auch eine fiktive, wenn ein Mitglied der Kaffeemitgliedschaft ein Rechtsgeschäft auf die Krankenversicherung zugiebt. Nach dem vom Vorstand der Maschinenisten und Geizer pro 1909 herausgegebenen Jahresbericht hat das Amtsgericht Köpenick nun entschieden, daß durch die Zugehörigkeit zum Verbandsverband (der im Krankheitsfalle Unterstützung gewährt) eine „anderweitige Versicherung“ im Sinne des § 26a des R.-V.-G. in Betracht komme. Mäße der Verband zwar in erster Linie politischen und gewerkschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sein, er sei aber auch in nicht geringem Maße zur Versicherung der Mitglieder gegen Krankheit und Todesfälle bestimmt. Auf eingelegte Berufung beim Landgericht hob dieses das Urteil des Amtsgerichts auf. Begründend wurde u. a. ausgeführt, daß das Verbandsstatut mit aller Deutlichkeit ergebe, daß das Unternehmen des Zentralverbandes nicht etwa auf den Abschluß von Versicherungsgeschäften gerichtet, die Versicherung sei nur nebenbei mit den sonstigen Zwecken des Verbandes verbunden. Auch fehle der Rechtsanspruch auf dieselbe. In der Statutenbestimmung sei nicht notwendig eine Umgehung des Gesetzes zu erblicken, wenn gleich sie erwiebenermaßen den Zweck verfolgen mag, die Unterstellung des Unternehmens unter das Aufsichtsgesetz zu verhindern.

Wünschenswert würde es sein, die Kürzung des Krankengeldes bei der Doppelversicherung überhaupt auszuschließen. Hierzu aber hat sich die Regierung bei der Reichsversicherungsordnung jedoch nicht verstehen können. Ja, am liebsten hätten die Konservativen in der Kommission die von den Gewerk-

schaften gezahlten Krankenunterstützungen noch mit in Anrechnung gebracht. Diesem Verlangen ist aber nicht Rechnung getragen worden.

Was ist als „vorsätzliches Zuziehen“ einer Krankheit anzusehen? Hierüber bringt der letzte Jahresbericht des Stettiner Arbeitersekretariats zwei Entscheidungen von prinzipieller Bedeutung. Im ersten Falle wollte ein Arbeiter aus dem Leben scheiden und nahm zu diesem Zwecke Sublimatpillen, welche sich in einem unverschlossenen Behälter auf der Arbeitsstätte befanden. Der Versuch mißglückte und wurde der Versicherte in das Stadtkrankenhaus eingeliefert. Die zuständige Kasse, eine Betriebskrankenkasse, verweigerte die Zahlung der Angehörigenunterstützung und auch Zahlung der entstandenen Krankenhauskosten, weil der Versicherte die Krankheit durch eigenes Verschulden herbeigeführt habe. Die Krankenhauskosten wurden dann vom Magistrat in Stettin getragen. Auf eingelegte Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde verurteilte diese die Kasse zur Zahlung der Angehörigenunterstützung usw. In der Entscheidung heißt es u. a.: „Kläger hat durch Einnehmen von Sublimatpillen seinen Tod herbeiführen wollen. Dieser Selbstmordversuch ist jedoch mißlungen, da Kläger sofort dem Krankenhaus überwiesen, hier auch wieder hergestellt worden ist. Der Ansicht der Beklagten, daß die durch die Vergiftung erfolgte Erkrankung des Klägers von diesem vorsätzlich herbeigeführt worden sei, kann nicht beigetreten werden. Für die Anwendung des dem § 26a, Ziffer 2 des R.-V.-G. entlehnten § 11 des Statuts der Beklagten kommt es nicht darauf an, ob die Krankheit durch eigenes Verschulden veranlaßt ist oder ob derselbe das Krankheits herbeiführende Ereignis vorsätzlich herbeigeführt hat, sondern darauf, ob es Absicht oder Wille des Klägers war, sich gerade eine Krankheit zuzuziehen, ob den Umständen nach anzunehmen ist, daß Kläger mußte oder wissen mußte, daß das gewählte Mittel nicht unmittelbar den Tod, sondern überhaupt nur zunächst nur eine Krankheit zur Folge haben werde. (Vergl. Hahn, Kommentar zum R.-V.-G., Anm. 3b zu § 6a und Entscheidungen des preuß. Obergerichtspräsidenten vom 25. März 1886, 11. Februar 1892 und 14. Januar 1899). Ein Wille des Klägers, sich eine Krankheit absichtlich zuzuziehen, hat aber nicht vorgelegen, ist auch von der Beklagten nicht behauptet worden, ebensowenig ist anzunehmen, daß Kläger mit dem Wüßlingen seines Giftmordversuchs gerechnet hat; Kläger hat nur mit Vorsatz durch Vergiftung seinem Leben ein Ende bereiten wollen.“ — In einem zweiten Falle versuchte ein Arbeiter durch Erschießen seinem Leben ein Ziel zu setzen. Auch hier erreichte der Versicherte seine Absicht nicht und die zuständige Krankenkasse wurde mit derselben Begründung verurteilt wie im ersten Falle.

c) Invalidenversicherung.

Entziehung der Invalidenrente. Der Bericht des Chemnitzer Arbeitersekretariats erwähnt einen Fall (der auch vom Landtagsabgeordneten Gen. Helst in der Zweiten Kammer zur Sprache gebracht worden), wonach einer alten Frau mit 60 Jahren die Invalidenrente bewilligt, dieselbe ihr jedoch nach 3 1/2 Jahren, also im Alter von 72 1/2 Jahren, wieder entzogen worden ist, und zwar wegen eingetretener Besserung! Die Frau verdiente in letzter Zeit wieder etwas, durch Zuziehen wurde aber festgestellt, daß der alten Frau bei der Arbeit alle möglichen Erleichterungen zufließen würden, u. a. half ihr die auf derselben Saale mitarbeitende Pflegerin vielfach bei der Bedienung der Maschine. Auch Lehrlinge wurden ihr zuerteilt, Kadenkästen hin- und weggeschafft, so daß die alte Frau eigentlich nur mechanisch die Maschine zu beaufsichtigen hatte. Half aber alles nichts, der Arzt stellte eine wesentliche Besserung des Zustandes fest und Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt schlossen sich dem an. Kurze Zeit, nachdem das Reichsversicherungsamt das Urteil gefällt hatte, starb die Frau. So sah die wesentliche Besserung aus. — Anspruch auf Invalidenrente hat heute, wer infolge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen um mindestens zwei Drittel, also 66 2/3 Prozent, arbeitsunfähig geworden ist. Nach der Reichsversicherungsordnung hat man das Wort „Alter“ gestrichen und damit den Bezug der Invalidenrente erschwert und die Rechtsprechung verschlechtert.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Beilegung des Konflikts im Metall- und Maschinen-gewerbe. — Die Erhöhung des amtlichen Diskonts. — Warenpreise und Lohnbewegungen.

Es war vorauszu sehen, daß die friedliche Beilegung des Konflikts in der Metall- und Maschinenindustrie gewisse Kreise nicht befriedigen würde. Man hätte zu gerne einmal eine Machtsprobe in großem Stille durchgeführt. Aber die verantwortlichen Leiter der verhandelnden

Parteien haben mit Erfolg alles aufgebieten, um die Zahlung eines der wichtigsten Zweige der deutschen Produktion zu verhindern. Und dieser Ausgang ist vom Standpunkt des Volkswirtes aus rückhaltlos zu begrüßen. Denn bei dem in Aussicht genommenen Kampfe handelt es sich keineswegs nur um die wirtschaftlichen Interessen der am Kampfe beteiligten Parteien, sondern durch die Generalaussperrung wäre der gesamte Handel und Wandel Deutschlands in Mitleidenschaft gezogen worden. Da fragte es sich nun, ob der Konflikt in deutschen Schiffbau die Schädigung des ganzen Wirtschaftsorganismus rechtfertige, oder ob sich Mittel und Wege finden ließen, diese Schädigung zu verhindern. Für die direkt beteiligten Arbeiter mag es ja schwer geworden sein, die angebotenen Bedingungen zu akzeptieren, aber mit Rücksicht auf die Opfer des Kampfes und mit Rücksicht auf die gesamte wirtschaftliche Lage muß es als ein großer Erfolg angesehen werden, daß der Ausgang in einer für die Arbeiter durchaus annehmbaren Weise erreicht worden ist. Auch für den gesamten Arbeitsmarkt wäre es nicht gleichgültig gewesen, wenn durch den Kampf in den nächsten Monaten eine allgemeine und erhebliche Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit eingetreten wäre. Wenn auch die zunächst betroffenen Arbeiter mit großen Opfern rechnen mußten und auch gerechnet haben, so wäre doch durch den Stillstand der Warenherstellung in der Eisen- und Maschinenindustrie die Tätigkeit der meisten anderen Gewerbe stark gehemmt worden, und wir wären einem Winter entgegengegangen, in dem der regelmäßige Grad der Arbeitslosigkeit äußerst empfindlich verstärkt worden wäre. Schon mit Rücksicht auf diese Eventualität mußte man die Beilegung des Konflikts willkommen heißen. So, wie sich nunmehr die Dinge gestaltet haben, kann man mit einem recht lebhaften Herbstgeschäft, mit einer reichlichen Zunahme der Arbeitsgelegenheit und mit einer Fortdauer der im Vergleich zu den letzten Jahren besseren Gestaltung des deutschen Arbeitsmarktes rechnen. Streik und Aussperrung sind infolge der wachsenden Macht und Zentralisation der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen zu Waffen geworden, deren Tragweite über den Kreis der am Kampfe zunächst Beteiligten hinausreicht, und gerade aus diesem Grunde wird man von diesen letzten und schärfsten Mitteln nur dann Gebrauch machen, wenn erstens das Kampfobjekt von so allgemeiner Bedeutung ist, daß elementare Interessen der gesamten Arbeiter- oder Arbeitgebererschaft auf dem Spiele stehen, und wenn zweitens alle Wege einer Verständigung ver sucht worden sind und sich als aussichtslos erwiesen haben. Zweifellos sind durch die jetzige Beilegung des Konflikts Verluste und Schädigungen vermieden worden, die den weiteren günstigen Verlauf der Konjunktur gehemmt oder für einige Zeit unmöglich gemacht hätten. Selbst unter der Annahme, daß bei einer Durchführung der Aussperrung die Arbeiter alle ihre Forderungen erreicht hätten, wäre die Schädigung des gesamten Arbeitsmarktes so stark gewesen, daß der jetzige Ausgang, durch den nicht alles erreicht worden ist, eine für die gesamte Arbeitererschaft erheblich günstigere Situation ermöglicht hat.

Nächst den Sorgen, die sich an die Wirkungen einer Generalaussperrung auf die Wirtschaftslage knüpfen, haben in jüngster Zeit auch die Verhältnisse des Geldmarktes die geschäftlichen Kreise beunruhigt. Der Schluß des dritten Vierteljahres pflegt ja stets eine Anspannung auf dem internationalen Geldmarkt zu bringen, aber es bleibt doch zu beachten, daß die Diskontsätze für ein Erholungsjahr schon vor der letzten Diskont-erhöhung ziemlich hoch waren und daß der jetzige Diskont von 5 Prozent für die mittleren Schichten der Geschäftswelt eine Belastung und vor allem auch eine Erschwernung des Kredit- bedenkens. Der Reichsbankpräsident hat bei der Begründung der amtlichen Diskontserhöhung auf die Ursachen der harten Anspannung des Geldmarktes hingewiesen und hat vor allem die hohen Engagements der Spekulation bemängelt. Der Appell an die Großbanken, auf eine Verminderung dieser Engagements hinzuwirken, dürfte kaum von großer Wirkung sein, da eben auch zu bedenken ist, daß das geschäftliche Interesse der Banken zu eng mit der Entfaltung der Spekulation verknüpft ist, um nachhaltig das immer stärkere Umsichgreifen des spekulativen Handels am Geldmarkte eindämmen zu können. Mit moralischen Mahnungen kann der Strom der wirtschaftlichen Entwicklung nicht aufgehalten werden; hier wirken nur Faktoren wirtschaftlicher Macht. Die Spekulation in allen Kreisen des Kapital besitzenden Publikums ist im Steigen, da gerade die Anlage ihrer Gelder nicht mehr die Verzinsung herauszuziehen können, wie sie sie aus einer günstigen Ausnutzung der Spekulationschancen an der Börse gewinnen oder zu gewinnen vermeinen. So wird die Mahnung des Reichsbankpräsidenten ebenso unbefruchtet bleiben, wie dies bei früheren ähnlichen Gelegenheiten schon der Fall gewesen ist.

Die hohe Leiharbeiter für Geld wirkt aber in weiterer Folge auch auf die Gestehungskosten in der Warenherstellung und von dort aus wieder auf das Niveau der Warenpreise zurück. Die Industrie arbeitet schon jetzt mit ziemlich teuren Rohstoffen und Betriebsmaterialien. Sie stehen durchschnittlich höher

Reise skizze.

II.

Am Montag ging's über Aisch, Eger nach Seuffen Aisch, ein böhmisches Grenzstädtchen, weist eine starke Textilindustrie auf, die Bevölkerung ist sehr „rot durchschaut“. Auf dem Bahnhof fällt sofort die „Gemütlichkeit“ der Beamten auf, ihr Nationalheiligtum scheint die qualmende Tabakspitze zu sein. Und wie kunstgerecht die Desterreicher „spuden“ können. Mit der Geschwindigkeit eine Zorpebootsgekösses befördern sie die kaffeebraune Brühe ins Freie. Auf der Fahrt von Aisch nach Eger fällt mir besonders auf, daß die Landwirtschaft auf einer recht hohen Stufe steht. Die Bauernhäuser sind peinlich sauber abgeputzt, in den Hofräumen herrscht Ordnung und jeder Zoll Landes ist gut ausgeüht. (In Ostpreußen und Ober-Schlesien schaut es in dieser Hinsicht weniger gut aus.)

Der Zug rasselt nun im „historischen“ Eger ein. Da ich drei Stunden Aufenthalt habe, so ist Zeit genug, um die Sehenswürdigkeiten in Augenschein zu nehmen. Zuerst wird der neu-erbauete Bahnhof selbst auf den verwandten Muschelkalk hin inspiert. Ich konnte nur entdecken, daß das Hauptportal aus diesem Material hergestellt ist und im stillen schimpfte ich über die Selber Kollegen ganz weidlich, daß sie mit bezüglich der Verwendung dieses Steines einen großen Bären aufgebunden haben. Allerdings im Innern fällt mir der „eigenartige“ Marmor auf. Wie ich dann in Seuffen erfuhr, war das polierte Muschelkalk aus der Gegend von Kirchheim. Ich hätte aber fest und steif dieses Gestein für Marmor angesprochen. Mein Privatstudium der Mineralogie, Paläontologie und Petrographie hat somit verflucht wenig genügt, wenn ich nicht einmal den Muschelkalk erkennen konnte. Wie ich nachher in einer Fachzeitschrift lese, wird vom Muschelkalk die sogenannte „blaue Schale“ unter dem Namen „Kirchheimer Marmor“ zu Bauzwecken verwendet. Nun einige historische Betrachtungen über Eger selbst. Bekannt ist die Kaiserburg, welche um das Jahr 1150 vom Kaiser Friedrich I. erbaut wurde. Der am Eingang der Burg stehende Turm, auch Seidenturm genannt,

ist schon 100 Jahre früher errichtet worden. Die dazu verwandten Lavablöcke machen einen imponierenden Eindruck. Die Kaiserburg hat eine Doppelpelle, unten ist der Stil romanisch, der obere Bau ist im gotischen Stil gehalten. Die Kapelle bietet für den Steinmetzen interessante Details. Die Säulen des Unterbaues sind aus mittelhartem, grobgestocktem Granit hergestellt. (Der Stein wurde im nahen Haslau gewonnen.) Bemerkenswert sind die sogenannten Würfelsäulen. Die Verzierungen der vier Kapitelle lehnen sich an den ägyptischen, griechischen und romanischen Stil an. Nebenbei sei bemerkt, daß in jener Kapelle Kaiser Friedrich Barbarossa mit der Witwe Adelheid von Böhmen getraut wurde. Ein geradezu einzigartiger Herr ist der Burgwärter, welcher die Eintretenden zu führen hat. Den guten Mann muß man selbst gehört haben. Er trägt mit einer Lungenkraft die historischen Daten vor und ballt dabei die Faust, als wenn er selbst der Feldherr Wallenstein wäre. In der Kaiserburg hat sich während des dreißigjährigen Krieges eine wichtige militärpolitische Szene abgespielt; es wurden dort die hohen kaiserlichen Offiziere Illo, Terzky, Rinsky und Neumann ermordet. Wallenstein wollte sich mit den Schweden verbünden und die vier vorgenannten Offiziere hatte er in seinen verräterischen Plan Einbild tun lassen. Der gut kaiserliche Offizier Buttler war in die Verschwörung eingeweiht und gelegentlich eines nächtlichen Festens auf der Burg wurden die Vorgenannten niedergemacht. Der Oberst Illo ließ noch zwei Eindringlinge nieder, er war somit etwas tapferer als wie der abgefägte liebevolle König Manuel von Portugal. Nachdem ich die Burg arbeitslos in Augenschein genommen hatte, ging es nach dem Stadthaus, in welchem Wallenstein ermordet wurde. Als seine vier Freunde unschuldig gemacht waren, wurde er in derselben Nacht (24. Februar 1634) ebenfalls noch ermordet. Kaiser Ferdinand gab die Anweisung, Wallenstein müsse unschuldig gemacht werden, lebend oder tot. Aber trotzdem Ferdinands Gewissen ziemlich beschwert war, ließ er in Wien 3000 Seelenmessen für Wallenstein lesen. Die Wallenstein'schen Hauptleute Deveroul und Macdonald mußten ihren militärischen Führer ermorden. Sie hielten aber Wallenstein für unverwundbar, deshalb wollten sie sich zuvor noch segnen

lassen. Schiller hat das in seinem Trauerspiel: „Wallenstein's Tod“ richtig gekennzeichnet, indem er Macdonald sagen läßt:

„Ich kenne hier
Im Kloster einen Bruder Dominikaner
Aus unsrer Landsmannschaft, der soll
mir Schwert und Pöckel tauchen in geweihtes Wasser
Und einen kräftigen Segen darüber sprechen,
Das ist bewährt, hilft gegen jeden Bann.“

Die uns die Geschichte erzählt, hat sich der Feldmarschall ohne weiteres niederlassen lassen, die Mörder waren bis in sein Schlafgemach eingedrungen. — Im Stadthaus ist eine große Sammlung von Wallenstein'schen Kleinodien untergebracht. Die 40 Heller Eintrittskosten habe ich gern geopfert. Im Hofe des Stadthauses sind etwa 600 mittelfein gestockte Granitkugeln aufgerichtet. Der Durchmesser mag 15 bis 18 Zentimeter betragen, welche im dreißigjährigen Kriege artilleristischen Zwecken dienten. Vom Stadthause geht ins Dominikanerkloster (erbaut 1250). Man könnte es auch für ein Jesuitenkollegium halten. Bereits bin ich bis zum Kreuzgang vorgegangen und bewunderte die alten Wandgemälde, als mir zugerufen wurde, was ich hier wolle. Es stand ein wohlproportionierter Ordensmann vor mir mit blendend weißer Kutte und Ueberhang. Ich stellte mich selbst als Mettener Klosterkind vor und so war gleich ein flottes Gespräch im Gange. Aber ich mußte immer noch nicht, ob ich es mit einem Vater oder mit einem Frater (Batenbruder) zu tun hatte. Eine dementsprechende Frage wäre unschuldig gewesen. Aber nachdem die Kontroverse einige Minuten dauerte, mußte ich Bescheid, daß ein „hochwürdiger“ Vater vor mir stand. Es genigte mir, als ich erfuhr, daß er Bibliothekar sei. Auch führte er mir die hervorragendsten Werke der Klosterbibliothek auf. Der Dominikaner Vater hat bereits 42 Jahre Klosterliche „Dienstzeit“ hinter sich. Er scheint ein leidenschaftlicher Schnupperer zu sein, denn seine Dose nahm er kräftig in Anspruch und das Geruchorgan war gut gefüllt. Also in diesem Kloster wollte sich der vorhin genannte Hauptmann Macdonald vor der Wallenstein'schen Ermordung im voraus Absolution (Freisprechung) erteilen lassen. Daß im Kloster auf einen guten Tropfen gehalten wird, ging daraus hervor, daß ein Frater mit einer schweren

und einzeln sehr viel höher als im Vorjahr. Dadurch verteuern sich die Fertigerzeugnisse und im Detailverkehr sieht sich die steigende Bewegung der Verkaufspreise fort. Auch die hohen Nahrungsmittelpreise folgen dieser Tendenz. Es sind die Kaufkraft des Geldes, der Wert des Nominallohnes und die Arbeiter sind genötigt, durch Erhöhung der Nominallöhne das höhere Niveau der Warenpreise auszugleichen. Wenn im laufenden Jahre die Lohnbewegungen an Kraft und Umfang so erheblich zunehmen, so ist ohne die Hauptursache darin zu suchen, daß die Warenpreise 1909 und 1910 sich rascher und schärfer nach aufwärts bewegen, als es für Erhaltungsjahre angemessen wäre. Die ganze Bewegung des Steigens der Kurse, der Diskontsätze, der Warenpreise usw. ist nach der letzten Niedergangsperiode etwas rasch und fast heftig erfolgt und hat in der Arbeiterbevölkerung eine Unzufriedenheit und Mißstimmung ausgelöst, die sich in dem starken Drang nach einer möglichst raschen und umfassenden Verbesserung der Einkommensverhältnisse ausdrückt. Dieser Drang wird aber noch zunehmen, je mehr vom Kapital- und Warenmarkt aus die Hausströmung begünstigt und forciert wird.

Berlin, am 15. Oktober 1910. Rich Calmer.

Die Steinindustrie in der Gewerbeaufsicht für 1909 in Württemberg, Baden und Elsass-Lothringen.

II.

Im badischen Bericht wird hervorgehoben, daß die Steinbrüche mit zu den Betrieben gehören, in denen unerlaubte Kinderbeschäftigung hauptsächlich festgestellt wurde. Im Vorderegebiet soll nach dem Bericht ein Mangel an Arbeitskräften eingetreten sein. Bei plötzlichen Aufträgen werden dann Maurer mit Steinhauerarbeiten bei 11stündiger Arbeitszeit beschäftigt. Da der neue Vorfall der Bundesratsverordnung dies in aller Klarheit verbietet, wurde dagegen mit Erfolg eingeschritten. Ueberarbeitsgesuche bei eiligen Aufträgen sind nicht selten. Die Arbeitgeber sind der Meinung, daß sich der Begriff der Verordnung in § 9, Absatz 3 „in Notfällen“ auch auf eilige Arbeiten bezieht. Dies trifft nicht zu. Ueberschreitungen der Arbeitszeit sind besonders in Sandsteinhauerereien häufig und durch Verschleierung der Arbeiter selten nachweislich festgestellt. Ein schwerer Unfall ereignete sich beim Beseitigen eines Verlegers, wobei ein Italiener schwer verletzt wurde.

Die reichhaltigste Ausbeute bietet der Bericht für Elsass-Lothringen. Wegen Ueberschreitung der Arbeitszeit mußten eine ganze Anzahl Unternehmer bestraft werden. In einem Falle sogar wegen Sonntagsarbeiten. Der Beamte für Lothringen begründet die vielen Ueberschreitungen der Arbeitszeit mit der ungünstigen Geschäftslage und mit dem Widerstand der Italiener. Töbliche Unfälle werden 11 gemeldet. Ein wassertragender Arbeiter glitt in einem Steinbruch ab und brach das Genick. Auf unaufgeklärte Weise erlitt ein hinter einem Steinwagen stehender Arbeiter einen Schädelbruch, an dessen Folgen er starb. Infolge Frostwetters fiel aus einer vorchristlich abgebauten Felswand ein Stein und erschlug einen Arbeiter. Ein Arbeiter stürzte von der Enlsabebühne einer Drahtseilbahn und brach die Wirbelsäule. In einem Steinbruch verunglückten der Unternehmer und ein Arbeiter beim Sprengen tödlich. Infolge unvorschriftsmäßigen Abbaues brach das Material in einem Kalksteinbruch herein und verschüttete einen Arbeiter. Weitere Unfälle trugen sich zu beim Unterhöhlen. In einem Falle wurden zwei Arbeiter getötet, 1 schwer und 4 leicht verletzt. Ein Steinbruch mußte des gefährlichen Abbaues wegen geschlossen werden. In einigen andern Brüchen konnte der vorchristlichmäßige Abbau nur durch Androhung der Schließung erzwungen werden. Das Abräumen oder Materialgewinnen im Afford und vor allem die inoffiziell unzulässige niedrigen Affordhöhen verleiteten vielfach die Arbeiter zu Arbeitsweisen, die alle nötige Vorsicht vernachlässigten. Dieser Zustand wird erst durch Verbot der Affordarbeit bei diesen Arbeiten verschwinden.

Vom Bezirk Unter-Elsass werden einige krasse Fälle von leichtsinniger Aufbewahrung von Sprengmitteln berichtet. Vier Arbeiter eines Steinbruchs hatten einen alten Stollen als Unterlunftsraum benützt. Neben dem offenen Feuer lagen in einer Holzkiste 5 Pfund Dynamit, Schwarzpulver, Sprengkapseln und Zündschnüre. In einer Unterlunftsöhle mit Oefenheizung waren in einem Faße, das als Sitzgelegenheit diente, 10 Pfund Pulver verwahrt. In einer Schmiede wurde das Pulver in einem an der Wand befestigten Kasten neben dem Feuer verwahrt. In einem vom Unterlunftsraum durch einen hölzernen Verschlag getrennten Raum befanden sich 8 Meter vom Bahngleise 1 Zentner Pulver und 10 Pfund Dynamit. Die gleiche Masse Sprengstoffe war in einem Steinbruch unter einem Felsen untergebracht, in direkter Schußrichtung auf die Arbeitsstelle. In einem der größten Vorkorte Straßburgs wird das Brunnenwasser eines Werklages infolge Durchsickern des Wassers des vorübergehenden Kanals ungenießbar. Eine Wasserleitung kann nicht angelegt werden.

Weiter muß auch im Bericht über den übermäßigen Alkoholkonsum, besonders bei den Sandsteinarbeitern, geklagt werden. Seite 31 lesen wir:

Nachdem durch die Einführung des Brauntweinsteuergesetzes der Verkaufspreis pro Glas um etwa 20 Prozent gestiegen ist, sind viele von den in einem Gebirgstal beschäftigten Steinarbeitern von Brauntweingenuss zu demjenigen des unverdünnten Weintranks übergegangen. Dieses gesundheitsgefährliche Getränk wurde in ihrer Gegend vor dem wenig getrunken, nicht aber jetzt im Kreise mit Brauntwein gleich und wird von den Arbeitern nicht nur getrunken, weil es nach ihrer Ansicht den Körper mehr Kraft und Wärme zuführt! Der Beamte in Zabern hat beobachtet, wie Arbeiter zwei und drei Gläsern Weintrank ohne Wassermischung während der Mittagspause zu sich nahmen. Belegungen über die schädlichen Wirkungen des Getränkes beantragten die Arbeiter mit Anklagen und leeren Ausreden. Das energische Auftreten der Arbeitgeber gegen das Einbringen und Trinken dieses Getränkes in ihrem Betriebe blieb bis jetzt wirkungslos. Die Arbeiter stellen es eher vor, das Arbeitsverhältnis zu lösen, als von dem Abstinenzgenuss abzulassen. Auch in Steinbrüchen mit gutem Trinkwasser wird dem Alkoholgenuss noch viel nachgegeben. Bei der Beschäftigung eines großen Bruches wurde festgestellt, daß der Besitzer desselben seinen Arbeitern Brauntwein viertelstündlich zu 80 Pfg. pro Liter verkaufte. Wegen Zuwiderhandlung gegen § 33 G.-O. wurde er zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt. Da ihm steuerlich ein gewerbemäßiger Kleinhandel mit Brauntwein nicht nachgewiesen werden konnte, war eine schwerere Bestrafung nicht durchzuführen. Die Unternehmung zweier von organisierten Arbeitern dem Amte vorgebrachten Beschwerden über gewerbemäßigen Bier- und Brauntweinkleinverkauf durch Arbeitgeber an ihre Steinarbeiter, wobei zugleich das Truckerbot nicht beachtet wurde, hatte keinen Erfolg, weil die befragten Arbeiter aus Furcht vor Entlassung dem Beamten die Wahrheit verschwiegen.

Traurig, aber wahr! Aus diesen Zuständen erklären sich auch teilweise die unbefriedigenden Fortschritte unserer Organisation. Lehnliche Zustände werden auch von Lothringen berichtet. Dort greift der übermäßige Brauntweingenuss auch auf die Familien über. Kinder erhalten als Nahrung Brot mit Brauntwein!

Das Gesamtbild der Steinindustrie in den drei südwestlichen Bundesstaaten, wie es sich aus den Berichten der Gewerbeinspektoren ergibt, ist somit kein erfreuliches. Und dabei ist es kein vollkommenes. Die Eigenart der Steinindustrie und auch deren Unternehmer erfordern eine regelmäßige und dauernde Ueberwachung der Betriebe. Diese ist aber nur möglich, wenn die Gewerbeinspektion, besonders diejenige Badens, so ausgebaut werden, wie es im Interesse des Arbeiterschutzes erforderlich ist. Zum mindesten aber in dem Maße, wie es im übrigen Deutschland jetzt schon der Fall ist. Als Organisation erwächst uns aber die Aufgabe, unermüdet, trotz mancher Mißerfolge, an der Aufklärung der Kollegen zu arbeiten. Sie vor allem den Klauen des Schnapsteufels zu entreißen.

Steinbruchdylle.

Am nördlichen Ausgang des Fichtelgebirges, ganz in der Nähe der Stadt Hof a. d. Saale, ziehen sich nach dem Frankenthal zu die Dioritlager hin, die teils offen, teils verdeckt durch Humusschichten und Geröll dort lagern. Diese Dioritlager werden von großen Gesteinsmassen ausgebeutet und, je nachdem das Material ausfällt, als Schotter, Packlager, Pflaster und Werkstücke verarbeitet. Vorwiegend jedoch wird das Material zu Schotter und Packlager verwendet. Von weitem schon hört man das Rauseln der Maschinen, die das Material, das auf Rollgleisen herbeigeschafft wird, in kleine Stücke brechen. Von dort wird es sofort in die Eisenbahnwaggons verladen und fort geht es in alle Welt hinaus.

Raum eine Viertelstunde hinter Hof steigt das Gelände rasch an und der Lokalbahngang, der uns nach dem Orte unseres Reiseziels bringen soll, pufet und schnaubt die ziemlich steile Steigung hinauf. Ein Bild aus dem Fenster belehrt uns, daß wir vor dem Bogelsberg sind, der schon seit Jahren von einer Gesellschaft ausgebeutet wird. „Doch hier wollen wir noch nicht aussteigen“, obwohl es auch hier noch steinigen Boden gibt, der noch unbar gemacht werden muß, „vielleicht ein anderes Mal.“

Auf der nächsten Station steigen wir aus, um dem dortigen Steinbruch einmal einen Besuch abzustatten. Das Glück war uns günstig, denn der erste Arbeiter, den wir um Bescheid ersuchten, erklärte uns, daß er selbst dorthin wolle und daß er uns gerne den Führer spielen wolle. Nichts konnte uns angenehmer sein, als dieses, denn es ist doch besser, nicht ganz unorientiert zu sein. Doch je näher wir dem Bruch kamen, desto mehr wurde es uns zur Gewissheit, daß wir unsern Zweck nicht erreichen können, wenn das Glück uns nicht besonders günstig war. Ueberall prangten Tafeln mit der ominösen Aufschrift: „Für Nichtbeschäftigte Zutritt streng verboten!“ Jedoch so ohne weiteres wollten wir uns nicht abweisen lassen. Und so gingen wir denn auch Geratenwohl weiter, ohne die Tafeln weiter zu beachten. Doch dies gelang nur einige Schritte, denn ein paar Argusaugen wachten am Fenster des Kontors auf jeden Unberufenen, der es wagen sollte, die Warnungstafeln zu mißachten. Und als wir dennoch weiter gingen, folgte uns der Mann sofort auf dem Fuße. Einen höflichen Gruß von uns ließ der gute Mann unerwidert, und als wir nach ein paar Rufen fragen, wie er mit der Hand, ohne dabei eine Miene zu verziehen oder ein Wort zu verlieren, nach einer kleinen Bude, und so hatten wir unsern Zweck erreicht.

Ein Steinbruch, idyllisch am Berghang gelegen, ringsherum von hohen und niedrigen Fichten und Föhrenwald, der mit Buchen- und Birkenstämmen durchzogen ist, umgeben. Unten

am Fuße des Berges fährt die Bahn vorbei und bringt jährlich Tausende von Ausflüglern, die die schöne Gegend genießen wollen. Etwas weiter unten führt ein Bach sein silberhelles Wasser über Felssteine und Dürstungen hinweg. Im Walde singen munter Vögel ihre lieblichen Lieder, Dummeln summen in der Luft, die Sonne leuchtet vom Zenit herab und sendet ihre Strahlen hernieder — aber um keinen Preis der Welt möchten wir unter der Krone eines solchen Auffsehers arbeiten. Mit diesem Gedanken wanderten wir dem nächsten Dorfe zu, um unsere weiteren Pläne zu schmieden.

Dort sahen wir wieder auf der Lokalbahn und fuhren eine Strecke weiter, denn hier wimmelt es von Steinbrüchen, und fast auf jeder Station laßt man das mysteriöse Geräusch der Klarsichtmaschinen hören.

Kurze Zeit später stiegen wir wieder den Berg hinauf, um dem nahen Seelanger Steinbruch unsern Besuch abzustatten. Hier wurden wir etwas freundlicher empfangen. Der Buchhalter fragte uns nur, nachdem wir um Erlaubnis ersuchten, verstimmt lächelnd, ob wir wohl selbst einen Steinbruch hätten und vielleicht aus Geschäftsinteresse den Bruch sehen wollten. Als wir das mit gutem Gewissen verneinten, ließ er uns ruhig unsern Weg ziehen.

Im tiefen Loch saßen auf niedrigen Hüttenstühlen die Steinschläger und arbeiteten darauf los, als ob sie eine Welt zu gewinnen hätten. Hier werden, soweit das Material es hergibt, Pflastersteine, und zwar zum größten Teil Kleinpflastersteine, angefertigt. Das übrige Gestein wandert in die Schottermühle. Interessant war es anzusehen, wie behende die Pflasterschläger arbeiteten. Ehe wir uns versahen, war ein kleiner Würfel fertig und flog unbesehen hinten hinaus auf den großen Haufen. Als wir einen kleinen Würfel aufhoben, um ihn zu besichtigen, war er ganz akkurat im Quadrat und winkeltreu gearbeitet, daß es nur so eine Freude war. Bevor wir noch mit dem Betrachten fertig waren, flog bereits der nächste nach hinten, der, was Größe und Form anbelangt, genau seinem Vorgänger glich. Auch das ist eine Kunst, und die Kollegen in der Werkstatt, die mit Zirkel, Winkel und Richtscheit hantieren, um den Steinblöcken gewisse Formen zu geben, brauchen auf die Pflastersteinschläger nicht hochhändig herabzugucken. Auch hier gehört eine jahrelange Übung dazu, um die Handfertigkeit zu erlernen, die notwendig ist, um seinen Tagelohn zu verdienen.

Hier konnten wir ungestört unserer Mission betreffs der Agitation obliegen.

Als wir abends kurz vor sieben Uhr die Straße wieder zurückfuhren, war es schon längst dunkel, aber drüben im Steinbruch arbeiteten die Kollegen bei elektrischem Licht ihre zwölfte Stunde; vielleicht hatten sie Sehnsucht nach dem fernem Heim, aber der kalte Blick des Auffsehers trieb sie zu neuer letzter Kraftanstrengung an, denn hier darf keine Minute veräußert werden.

„Zuverlässige“ Statistiken.

Der christliche Hilfsarbeiterverband befindet sich in einer recht unangenehmen Situation. Der „Proletarier“, das Organ des freien Verbands der Fabrikarbeiter (Nr. 42 vom 15. Okt. 1910) ist so grausam, sich mit den Mitgliederstatistiken des Herrn Oswald etwas näher zu befassen. Das genannte Blatt kommt dabei zu folgendem Resultat:

Johannes Wolf behauptet in seiner Broschüre, der Verband habe im Jahre 1906 14 000 Mitglieder und am Schlusse des Jahres 1908 13 430 Mitglieder gehabt. Dazu bemerkt die „Gewerkschaftsstimme“: „Demgegenüber stellen wir fest, daß er (der Verband) im 1. Quartal 1907 unter Annahme aller in den Listen geführten Mitglieder ohne Rücksicht auf die Beitragsleistung nur 10 400 Mitglieder gehabt hat.“ Demnach hat er in Wirklichkeit, wenigstens wenn man die Beiträge zur Grundlage nimmt, noch viel weniger Mitglieder gehabt. Wie stimmt es aber damit überein, daß das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften die Mitgliederzahl mit 13 430 angibt? Und die „Gewerkschaftsstimme“ schreibt in ihrem Bulletin aus das Jahr 1907, daß der Verband am Beginn des Jahres, also Ende 1906, gar 18 800 Mitglieder hatte. Und ein Jahr früher, also im Rückblick auf das Jahr 1906, verkündete die „Gewerkschaftsstimme“ triumphierend, daß die Mitgliederzahl um 50 Prozent, mithin auf rund 18 000 gestiegen sei; die Mitgliederzahl des christlichen Verbands am Schlusse des Jahres 1906 betrug also:

nach der Gewerkschaftsstimme . . (Nr. 52 von 1906)	18 000
nach der Gewerkschaftsstimme . . (Nr. 52 von 1907)	13 430
nach J. Wolf und dem Zentralblatt (Nr. 13 von 1907)	18 800
nach der Gewerkschaftsstimme . . (Nr. 56 von 1910)	10 400

Es finden sich auch noch andre Ziffern. Nach der Uebersicht des „Zentralblattes“ über das Jahr 1907 hatte der Verband Ende 1907 15 470 Mitglieder bei einer Zunahme von 1613 Mitgliedern. Demnach hatte der Verband Ende 1906 13 857 Mitglieder. Angesichts dieser Konfusion wird uns niemand zumuten können, den Angaben der Christen über ihren Mitgliederbestand irgendwelchen Glauben beizumessen. Am wenigsten Herr Oswald, der in einem Zirkular an seine Funktionäre zu Beginn des Vorjahres die erfreuliche Tatsache hervorhob, daß wir endlich die seit Jahren angegebene, aber nie vorhandene Mitgliederzahl erreicht haben!

Herr Oswald wird sicher so glücklich sein, diese „kleinen Differenzen“ in befriedigender Weise aufzuklären. So, nun wissen wir's, wie im schwarzen Lager Statistiken gemacht werden.

Stille, in welcher sich verkorkte Flaschen befanden, aus dem Keller herauskrabbelte.

So, nun lenke ich meine Schritte ins Franziskanerkloster. Aber die Brauerei ist verpackt, das dazwischen liegende Nonnenkloster ist aufgehoben und die Mönche selbst wohnen in einem einfachen Bau. Das Klosterbräu still existiert zwar noch, aber der braune Stoff kann mich nicht reizen, denn ich habe noch eine geologische Exkursion zu unternehmen. (Mittlerweile war der fahrplanmäßige Zug nach Seuffen abgerast.)

Etwa eine Stunde von Eger entfernt liegt der „Kammerbühl“, ein erloschener vulkanischer Bergkegel. So eine Sehenswürdigkeit läßt man sich nicht entgehen. Und den kleinen Marsch habe ich nicht bereut. Die Kegelspitze ist so ziemlich abgetragen; das gewonnene Material, es dürften sicherlich 50 000 Kubikmeter sein, wird zu Straßendammwecken verwendet. Auf der östlichen Seite ist die Kadabildung kompakter und so konnten dort vor circa 1000 Jahren mit Leichtigkeit die Quarzsteine zum Weidenurm in Eger gewonnen werden. Goethe hat vor etwa hundert Jahren ebenfalls den Kammerbühl besucht und das Gesehene hat ihn sehr interessiert, denn er hat eine Beschreibung darüber geliefert. Im zweiten Teil seines Faust nimmt er allgemain auf die Vulkane Bezug, vielleicht hat ihm bei der Dichtung die Entstehung des Kammerbühl vorgeschwebt. Wir finden im Faust darüber folgende Stelle:

Azagoras: Hast du, o Thales, je in einer Nacht
Solch einen Berg aus Schlamm hervorgebracht?
Thales: Nie war Natur und ihr lebendiges Fließen
Auf Tag und Nacht und Stunden angewiesen;
Sie bildet regeln jegliche Gestalt
Und selbst im Großen ist es nicht Gewalt.
Azagoras: Hier aber war's! Platonisch grimmig
Feuer,

Kestlicher Dünste Knallkraft, ungeheuer
Durchbruch des flachen Bodens alle Kräfte,
Dah neu ein Berg — sogleich — entstehen mußte.
Meinen Rückfall fülle ich nun mit einigen „Heiligümern“ des vulkanischen Seltsams und schweißtreibend geh's nach Eger zurück.

Da komme ich nun am kaiserlich königlichen Staatsobergymnasium vorbei. Ein Professor trägt seinen Tertianern, soweit das durch das offene Fenster zu vernehmen ist, etwas über Hannibal und Caesar vor. Schnell entschlossen trete ich in die heiligen Vorhallen dieser wissenschaftlichen Stätte. Sofort fallen die großen Tafeln auf, welche in graphischer Darstellung näheren Aufschluß über die Gefährlichkeit des Alkoholenfels geben. Solche Warnungen sind für die Herren Priester sehr angebracht; es würde auch nichts schaden, wenn dieselben jungen Herren in bildlicher Darstellung die Gefährlichkeit der Geschlechtskrankheiten vorgeführt würde. Die sexuelle Aufklärung wird leider der übersehenden Studierenden Jugend noch ferngehalten. Daß ich mich in einem humanistischen Gymnasium befand, zeigten die weiteren ausgehängten Tafeln antiker Bauwerke. Soweit ich zu erkennen vermag, sind nachstehende altathenische Bauwerke abgebildet: der Parthenon, das Erechtheion, die Karyatidenhalle desselben Bauwerks, die Propyläen und das Nektempelchen auf der Akropolis. Die abgebildeten Bauwerke sind in der zweiten hellenischen Periode 445 bis 336 v. Chr. entstanden und teilweise heute noch gut erhalten.

Recht heißes aber ohne Ausschub dem Bahnhof zuwandern, dort muß unverzüglich der Artikel über den Magdeburger Parteitag fertiggestellt werden, denn sonst verderbe ich's durch meine Bummellei mit dem Personal der Leipziger Buchdruckerei G. O. Und ein jeder hat dort etwas zu sagen: Der Faktor, der Metzger, der Setzer und der Wader. — Im Bahnhofswartesaal lasse ich mich an einem Tisch nieder, um mein Schreibwerk zu beginnen. Nur eine feste Ungarin hatte sich dort schon eher mit ihren Taschen und Schachteln bequem gemacht. Als aber die Tochter der von Senau so schön bejungenen Puffa mein blühendes Gheringelogen erblickt, da bin ich für sie Luft. Es ist 6,45 geworden, der Zug geht ab, aber schon um 6 Uhr sollte ich in Seuffen referieren. Um 7 1/2 Uhr fand ich nun vor einem großen Steinhauerauditoren und schon sagt mir ein alter Bekannter: „Heut mußt aber so schön aufstehen, wenn ich dir wieder auf hau willst. Das ist das Sach, so lang bleibst. Deut werd'n rebellisch.“ Die Versammlung nahm einen schönen Verlauf, und wenn ich verspätet zur Stelle war, glaubte ich doch

den Tag genügend ausgenützt zu haben. Aber auf's Glück hab ich schon! Schon um 12 Uhr 5 Min. saß ich im nahen Marktredwitz auf dem Nachtschnellzug und mit einer 75 Kilometer-Fahrtgeschwindigkeit pro Stunde ging es wieder dem so lieb gewordenen — radikalen — Leipzig zu. Ich habe wieder eine Menge frische Eindrücke mitgebracht, über die man verfügen muß, wenn man als Redakteur nicht „versimpeln“ und „versauern“ will. Vielleicht werden einige Ueberkritiker über diese kleinen Skizzen weißlich schimpfen, weil ich etwas abschweifend geworden bin, aber die lasse man ruhig murren.

Am Ende.

Heim kehrt' ich nach langer Wandererschaft,
Die Seele so milde, der Körper so matt;
Mein Weib, meine Kinder, sie starben dahin,
Die Arbeit, sie brachte mir keinen Gewinn,
Die Sehnsucht, das Heimweh, sie zehrten am Mar?
Auch blieben mir schlaflose Nächte nicht erspart.
Einst gab's eine Zeit, da das Glück mir gelacht,
Wenn ich abends mich auf den Heimweg gemacht,
Wo ein liebendes Weib mich glückstrahlend umring,
Und glücklich an meinem Halle hing.
Wo von ferne schon jauchzten die Kleinen vor Lust
Und sich innig dann schmiegt an meine Brust.

Dann trieb mich das Schicksal hinaus in die Welt,
Mir wurde dasheim das Leben vergällt,
So zog ich dann weiter von Stadt zu Stadt,
Fand nirgends weder Ruhe noch Raht,
Ich wollte erwerben viel Geld und Gut,
Getreten wurde ich oft bis aufs Blut,
Ich habe ertragen Spott und Hohn,
Und zeitweise gearbeitet für Hungerlohn.
Jetzt bin ich am Ende, schon triibt mir mein Bild,
Ich schau auf ein Leben voll Arbeit zurück,
Bin müde vom Kampfe und schwach und alt,
O! würde mir Ruhe und Frieden bald.

Jenny Horn.